



Landtag
Burgenland

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
21. Sitzung

der
XXII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 19. Mai 2021

08.31 Uhr – 08.35 Uhr

12.33 Uhr – 14.02 Uhr

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 2252)

Dringliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Landesrat Mag. Heinrich Dörner betreffend BELIG (Zahl 22 - 563) (Beilage 763)

Begründung der Dringlichkeit: Markus Ulram (S. 2253)

Abgabe einer Stellungnahme: Landesrat Mag. Heinrich Dörner (S. 2257)

Redner: Mag.a Regina Petrik (S. 2261), Johann Tschürtz (S. 2266), Robert Hergovich (S. 2268 u. S. 2276), Patrik Fazekas, BA (S. 2271), Mag. Thomas Steiner (S. 2275 u. S. 2276)

Beginn der Sitzung: 8 Uhr 31 Minuten

Präsidentin Verena Dunst: Schönen guten Morgen meine Damen und Herren! Ich darf Sie, Hoher Landtag, sehr herzlich begrüßen zur heutigen Sitzung. Es ist die 21. Sitzung des Burgenländischen Landtages, heute, am Mittwoch, dem 19. Mai 2021. Ich darf auch die Regierungsmitglieder sehr herzlich im Landtag hier begrüßen.

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 21. Sitzung des Burgenländischen Landtages. Diese Sitzung habe ich aufgrund eines der Landtagsabgeordneten Melanie Eckhardt, MSc, Patrik Fazekas, BA, Gerald Handig, Dipl.Päd DI Carina Laschober-Luif, Johannes Mezgolits, Georg Rosner, Mag. Thomas Steiner, Walter Temmel, Markus Ulram, DI Julia Wagentristl, BSc sowie Mag. Christoph Wolf, M.A. gemäß § 54 Abs. 2 GeOLT gestellten Verlangens einberufen.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 20. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Sein Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Herr Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil für diese erste Sitzung entschuldigt.

Ich darf - wie immer - darauf hinweisen, dass aufgrund der aktuellen COVID-Situation die heutige Sitzung öffentlich nur via Live-Stream begleitet werden kann, und ich darf - natürlich in Ihrer aller Namen - die Damen und Herren, die uns jetzt via Live-Stream begleiten, auch sehr herzlich begrüßen.

Wie immer darf ich darauf hinweisen, dass die Bekanntgabe des Einlaufes sowie die Zuweisung - nach der neuen Geschäftsordnung - gemäß § 56 Abs. 3a GeOLT mittels digitalen Versands und als Aushang zur Kenntnis gebracht wird. Ebenso wissen Sie, dass eine Veröffentlichung auf der Homepage des Burgenländischen Landtages wie immer erfolgte.

Ich darf daher an dieser Stelle bezüglich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisungen auf diese verteilte Mitteilung verweisen.

Weiters darf ich darauf hinweisen, dass eine dringliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram an Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner, Zahl 22 - 563, Beilage 763, eingelangt ist.

Die dringliche Anfrage wird gemäß § 30 Abs. 1 GeOLT - wie immer – frühestens drei Stunden nach Eingang in die Tagesordnung, jedoch spätestens um 15.00 Uhr behandelt werden. Dann darf ich weiters darauf hinweisen, dass der selbständige Antrag der Klubobfrau Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Hissen einer Regenbogenfahne vor dem Landhaus, Zahl 22 - 483, Beilage 661, zurückgezogen wurde.

Meine Damen und Herren! (*Abg. Mag.a Regina Petrik: Das ist der erste; der zweite ist noch drinnen.*) Danke für die Erklärung jetzt dazwischen. Der zweite Antrag ist noch drinnen. Das werden wir dann in den Ausschüssen sicher noch näher besprechen.

Gemäß § 56 Abs. 5 in Verbindung mit § 54 Abs. 4 GeOLT wurde die Einladung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Es ist jetzt 8.35 Uhr und ich gehe in die Tagesordnung über. Nachdem keine Tagesordnung vorliegt, darf ich nur noch einmal erwähnen, dass - wie bereits vorher

gesagt - die Behandlung der dringlichen Anfrage gemäß § 30 Abs. 1 GeOLT frühestens drei Stunden nach Eingang, aber spätestens vor 15.00 Uhr aufgerufen wird.

Daher lade ich jetzt zur nächsten Sitzung nach der Festsitzung um 12.30 Uhr ein.

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist unterbrochen, und ich darf dann darauf hinweisen: Um 9.45 Uhr hier im Saal sitzend Sie anzutreffen. Danke, bis dann.

(Die Sitzung wird um 8 Uhr 36 Minuten unterbrochen und um 12 Uhr 33 Minuten fortgesetzt.)

Dringliche Anfrage des Landtagsabgeordneten Markus Ulram an Landesrat Mag. Heinrich Dorner (Zahl 22 - 563) (Beilage 763)

Präsidentin Verena Dunst: Hoher Landtag! Meine Damen und Herren! Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Wir kommen nunmehr zur Verhandlung der dringlichen Anfrage des Landtagsabgeordneten Klubobmann Markus Ulram an den Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner, Zahl 22 - 563, Beilage 763.

Ich darf dazu gleich den Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Markus Ulram das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage geben.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Markus Ulram (ÖVP): Frau Präsidentin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Die heutige Sondersitzung, die wir mit einer dringlichen Anfrage begründet haben, ist notwendig geworden aufgrund eines Rechnungshofberichtes, der über 200 Seiten stark ist und auch dementsprechend stark gefüllt ist mit Missständen, die in diesem Land offensichtlich einhergehen.

Der Prüfbericht über die BELIG, über die Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH, im Prüfzeitraum 2016 bis 2019, den der Landes-Rechnungshof geprüft hat, eine 100-prozentige Tochter der Landesholding und somit auch des Land Burgenland.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Bevor ich zu den Details komme, darf ich noch zum Zustandekommen der heutigen Sondersitzung etwas dazu sagen.

Wir haben heute am Vormittag, wir alle gemeinsam, als stolze Burgenländerinnen und Burgenländer eine Jubiläums-, eine Festsitzung gemeinsam abgehalten. Ja, und ich glaube, diese Festsitzung war würdig und hat dem „100 Jahr-Jubiläum“ unseres Heimatlandes dementsprechend auch entsprochen. Leider COVID bedingt nicht in einem anderen Maß oder Raum, vielleicht auch möglich.

Zu diesem Freudentag ist es auf der anderen Seite aber auch ein Trauertag, wenn heute die Verabschiedung und das Requiem von Generalvikar Martin Korpitsch stattfindet. Ich habe heute dem Herrn Landeshauptmann sehr gut zugehört, als er gesagt hat, über Wertschätzung, über die Kirche Wörter verloren hat, genauso über die christlichen Werte. Frau Präsidentin, mit der gesamten SPÖ-Alleinregierung, haben Sie gewusst, vor Einladung dieser heutigen Sondersitzung, dass der Festakt stattfindet und dass die Verabschiedung des Generalvikars Martin Korpitsch stattfindet heute, das haben Sie gewusst.

Das ist eine Geringschätzung gegenüber großen burgenländischen Persönlichkeiten wie Generalvikar Martin Korpitsch und das ist eine Geringschätzung gegenüber der Geschichte unseres Landes, gegenüber unserem Heimatland zum 100. Geburtstag. Das kann man so nicht akzeptieren, da mangelt es an der notwendigen Sensibilität, an Achtung und Wertschätzung, meine sehr geschätzten Damen und Herren!
(Beifall bei der ÖVP)

Aber wenn man von sensibel, von Achtung, von Wertschätzung spricht, wenn man von Umgang mit Steuergeldern spricht, wenn man davon spricht, wie man insgesamt ein Land regiert, so fehlt es anscheinend nach diesem Rechnungshofbericht an allen Ecken und Enden. Ein Skandal jagt den anderen. Es muss sogar eine SPÖ-Zwischenkampagne gefahren werden, um abzulenken von den einzelnen Skandalen. Wenn es sein muss, weil man ohnehin schon mit allen streitet, dann streitet man halt, wenn nichts anderes da ist, mit der eigenen Parteichefin, die dann ausrichten lässt, bei der Anklage hat der Herr Landeshauptmann zurückzutreten.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Man hat das Gefühl im Burgenland, dass diese SPÖ-Alleinregierung mit dem Familiensilber unseres Heimatlandes umgeht wie ein Elefant im Porzellanladen. Ohne Rücksicht auf Verluste, ohne irgendwie nur eine Wirtschaftlichkeit an den Tag zu legen, ohne irgendeine Art und Weise an den Tag zu legen, wie man mit dem Steuergeld der Burgenländerinnen und Burgenländern sparsam umzugehen hat.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Nach den vielen Negativberichten, die Sie als SPÖ-Alleinregierung bereits ertragen mussten, und negativen Berichten des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes so ist der gegenständliche Bericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes jener, der eigentlich dem Fass den Boden ausschlägt. Wo eigentlich die Inkompetenz der Wirtschaftlichkeit, Ihres wirtschaftlichen Handelns, und das Wegsehen, sprich auch kein Controlling an den Tag zu legen, diese Vorgangsweise Ihre Arbeitsweise in Reinkultur widerspiegelt und darlegt, wie Sie eigentlich das Land führen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Der Prüfbericht der BELIG, der Beteiligungs- und Liegenschafts GmbH, im Prüfzeitraum 2016 bis 2019, die der Burgenländische Landes-Rechnungshof beleuchtet hat, hat viele Facetten. Und gleichzeitig, weil er so viele Missstände aufgezeigt hat, ist dieser eins zu eins an die Staatsanwaltschaft ergangen. Eins zu eins an die Staatsanwaltschaft!

Ich glaube, meine sehr geschätzten Damen und Herren, auch jene der Regierungsfraktion, da kann man nicht zur Tagesordnung übergehen. Da muss man Aufklärung betreiben, da müssen alle Missstände beiseite geschafft werden.

Aber schauen wir uns einmal das Grundgerüst dieser Konstruktion an. Aktuell Aufsichtsratsvorsitzender der geprüften Gesellschaft ist der Herr Landesrat Heinrich Dorner. Sein Vorgänger - kein geringerer als der Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und dessen Vorgänger im Prüfzeitraum der Herr Landesrat Bieler. Alle drei SPÖ-Regierungsmitglieder und alle drei seitens der SPÖ. Somit kann man von einem lupenreinem SPÖ-Skandal auch sprechen in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP)*

Aber schauen wir uns vielleicht einige Details an das unrechtmäßige Auszahlen an die Geschäftsführung und das Verschuereln von Landesvermögen.

Sehr geschätzter Herr Landesrat! Der Burgenländische Landes-Rechnungshof hat festgestellt, dass zum Beispiel der Geschäftsführer keine zusätzlichen Gehälter bekommen hätte dürfen. Sie haben das aber anscheinend gebilligt. Denn was ist passiert? Der Aufsichtsrat hat eigentlich noch dazu genehmigt, obwohl die Gehaltsschablone sagt, er darf kein zusätzliches Gehalt bekommen, hat der Aufsichtsrat ein weiteres Gehalt - wohl gemerkt - aus dem Land Burgenland genehmigt.

Die Zielvereinbarung für die Auszahlung der Prämien ebenfalls. Da sind Sie selbst direkt verantwortlich, weil diese Vereinbarung unterzeichnen Sie als Vorsitzender des Aufsichtsrates, Herr Landesrat Dorner!

Da muss man eines im Konkreten festhalten. Und da sieht man die Arbeitsweise wie hier umgegangen wird mit öffentlichen Mitteln, mit Steuergeld. Wie in den Beteiligungsgesellschaften umgegangen wird, wo Freunderlwirtschaft betrieben wird anscheinend auf höchster Ebene. Und wo man auch feststellen muss, dass man auch gar nicht zurückschreckt, Vereinbarungen zu schließen, die man eigentlich gar nicht mehr für möglich hält.

Ein Monat vor Jahresablauf schließt man eine Zielvereinbarung, eine Prämienvereinbarung. Glauben Sie wirklich, dass man einen Monat vor Jahresablauf nicht gewusst hat, ob man die Ziele erreichen wird oder nicht? Ich glaube, dass das Wissen sehr wohl da war, dass man 323 Tage nach Jahresbeginn eine Zielvereinbarung für die Prämienauszahlung an den Geschäftsführer unterzeichnet und das ist nur in Einvernehmen gegangen mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden Heinrich Dorner.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, dem aber nicht genug. Denn eigentlich hat es schon einen Anschein, dass man sich im wahrsten Sinne des Wortes „die Bälle so zu schupft“ wie man sie gerade braucht. Nicht nur, dass man einen Monat vor Jahresablauf noch eine Prämienvereinbarung schließt, wo man sagt, ja, jetzt wissen wir eh schon, wie es funktioniert, wo die Reise hingehet jetzt, dass man die Prämien ausschütten kann. Nicht weniger wie 30 Prozent der gesamten Jahresgage des Geschäftsführers, die ausgeschüttet worden ist.

Dann kommt noch dazu, dass eigentlich in dem ganzen Spiel andere Beteiligte die Finger im Spiel haben und auch dieses Spiel mitspielen - unter der Aufsicht des Vorsitzenden Heinrich Dorner.

Denn der Prokurist, der Beteiligung beziehungsweise der BELIG, hat auch eine eigene Rolle anscheinend gespielt, wenn es darum gegangen ist, Grundstücke unter dem Wert zu verkaufen und unter einem gegenständlichen Gutachtenswert zu verkaufen, unter einem sogar Einkaufswert 2004 zu verkaufen, vom Realwert ja gar nicht zu sprechen.

Da kann ich Ihnen das eine oder andere Beispiel mitgeben aus dem Bericht des Landes-Rechnungshofes. Sie müssen sich vorstellen, die BELIG besitzt ein sehr großes Grundstück mit über 60.000 Quadratmetern im Bezirk Neusiedl am See. Der erste Käufer kauft um 61 Euro einen Quadratmeter von diesem Grundstück, der zweite um 82 Euro und ein dritter Kauf geht vonstatten mit 95 Euro. Statuiert man so? Kann man gar nicht genau jetzt begründen, warum diese Unterschiede eigentlich darliegen, aber anscheinend ist einer ein besserer Freund und einer ein weniger guter Freund. Vielleicht ist sogar einer, der die größte Anzahl an Quadratmetern gekauft hat, auch in Ungnade gefallen bei der SPÖ, denn er wird anscheinend momentan auf vielen Ecken auch beschnitten und geschnitten.

Aber das Beste, meine sehr geschätzten Damen und Herren, kommt wie immer zum Schluss. Wenn der Geschäftsmann B, ich darf den so betiteln, ein Grundstück 2006 gekauft hat aus einer Konkursmasse heraus um 130 Euro am Quadratmeter, 130 Euro am Quadratmeter 2006. Zehn Jahre später 2016 er von der BELIG, von der Landesgesellschaft, das Nachbargrundstück kauft, zehn Jahre später um 33 Euro am Quadratmeter, dann fragt man sich natürlich berechtigt und nicht nur der Landes-Rechnungshof, sondern auch wir auch hier im Hohen Haus: Wie geht das? Was steckt da noch dahinter?

Warum hat dieser Geschäftsmann, der vielleicht sogar laut Medienberichten der SPÖ sehr nahesteht, vielleicht sogar einmal für die SPÖ kandidiert hat, was steckt da eigentlich wirklich dahinter, dass man 2016 - zehn Jahre später - um einen geringen Prozentsatz das Nachbargrundstück kaufen kann?

Dann verstrickt sich eigentlich noch das Land Burgenland in Widersprüche bei dem Versuch aufzuklären, und das ist ein wesentlicher Bestandteil, den nämlich auch die StA, die Staatsanwaltschaft, zu klären hat. Ein Schelm, der hier Böses denkt, dass hier vielleicht noch mehr dahinter sein könnte.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Aber das ist ja noch nicht, leider, das Ende der Fahnenstange in diesem skandalösen Vorgehen und der Machenschaften dieser SPÖ-Alleinregierung.

Wenn Aufschließungskosten zum Beispiel nur zum Teil oder gleich gar nicht weiterverrechnet worden sind an die Käufer. Wenn zum Beispiel Abschreibungsbuchungen später oder vielleicht gar nicht getroffen worden sind, sodass man eigentlich die Ziele, die ja bekannter Weise einen Monat vor Jahresablauf sowieso erst definiert werden, damit man die Prämie an den Geschäftsführer auszahlen kann, aber auch dass das Land die Dividende erhalten kann. So hat man vielleicht den einen oder anderen Trick angewandt, sodass man davon ausgehen muss, dass die Buchhaltung, sprich die Bilanz wie auch die Gewinn- und Verlustrechnung nicht richtig sind. Keine Zweckmäßigkeit, keine Wirtschaftlichkeit. Das riecht natürlich nach Freunderlwirtschaft und Machtmissbrauch in diesem Land. n

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Wenn ein Landes-Rechnungshof nicht einmal abwartet, wie der politische Diskurs abgeht, sondern direkt diesen Bericht an die Staatsanwaltschaft ergehen lässt, so zeugt das natürlich wie schwerwiegend dieser Bericht auf diesen über 200 Seiten sich darstellt.

Unterm Strich zeigt uns dieser Bericht des Burgenländischen Landes-Rechnungshof einiges.

Das unrechtmäßige Auszahlen an die Geschäftsführung durch Genehmigung des Aufsichtsratsvorsitzenden Heinrich Dorner. Dass Landesvermögen unterm Wert verkauft wurde, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung nicht richtig sein können, dass über Jahre dieselben Prüfer, dieselben Wirtschaftsprüfer, ja tätig waren und dass der Aufsichtsrat in der Form, der Vorsitzende Heinrich Dorner, nicht hingeschaut haben, nein, im Gegenteil, sogar Teile davon genehmigt haben.

Und das erinnert mich schon stark an die Commerzialbank, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wo Sie immer vom Aufsichtsrat geredet haben.

Er genehmigt sogar noch Dinge, die er gar nicht dürfen hätte, und der Geschäftsführer hält eigentlich dem Aufsichtsrat manche Dinge noch fern. Und das sind die Machenschaften in diesem Land. *(Beifall bei der ÖVP)*

Als Volkspartei und als stärkste Oppositionspartei in diesem Hause, wo wir auch die dringliche Anfrage an Sie, Herr Landesrat, gerichtet haben, als aktuell zuständiges Regierungsmitglied beziehungsweise Vorsitzender des Aufsichtsrates fordern wir volle Aufklärung ohne Rücksicht auf Personen, auf der politischen Verantwortungsebene und die Staatsanwaltschaft, die ja den Bericht vom Landes-Rechnungshof schon bekommen hat, wird ebenfalls dementsprechend handeln und diese Missstände, die hier aufgezeigt worden sind, der rechtlichen Aufklärung zuführen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Korrekt, sachlich konsequent. Vertrauen durch Kompetenz. Das ist das Motto und gleichzeitig der Arbeitsauftrag des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes.

Sehr geschätzte Damen und Herren des Landes-Rechnungshofes! Danke schön für Ihre wertvolle Arbeit, dass Sie diese Missstände, diese Freunderlwirtschaft in diesem

Land, an das Tageslicht bringen und dass die Staatsanwaltschaft dementsprechend ihres dazu beitragen wird, dass hier volle Aufklärung betrieben wird.

Wir werden das jedenfalls hier auf der politischen Ebene mit 100 Prozent Einsatz hier wiedergeben. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Die Begründung ist somit erfolgt, meine Damen und Herren.

Ich möchte nur noch eines klarstellen, Herr Klubobmann, ich weise Ihre Behauptung, ich hätte zum Zeitpunkt der Einladung zu dieser Dringlichen bereits gewusst, dass heute das Requiem ist, zurück *(Abg. Markus Ulram: Ich weise Ihnen das - nachweislich - nach.)* und stehe nicht an, eines klar zu sagen, *(Abg. Markus Ulram: Nachweislich!)* ich denke, ich darf das im Namen des gesamten Landtages sagen.

Wir verlieren mit dem Herrn Generalvikar Korpitsch eine anerkannte Persönlichkeit, und ich darf von hier aus seiner Familie ein aufrichtiges Beileid seitens des Burgenländischen Landtages aussprechen und dem Herrn Generalvikar, der uns leider viel zu früh verlassen hat, auch im Namen des Landtages danken. Ein ausgezeichneter Seelsorger, ein Generalvikar, wie man sich ihn nur wünschen kann, und vor allem auch ein Mensch, und daher unser Beileid von hier aus.

Meine Damen und Herren! Damit ist, wie ich vorher schon gesagt habe - zurückkommend zur Tagesordnung - die Begründung erfolgt.

Ich darf nunmehr dem Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner zur Abgabe seiner Stellungnahme nach § 30 Abs. 3 das Wort erteilen.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Mag. Heinrich Dorner (SPÖ): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Geschätzte Regierungskollegen! Sehr geschätzte Damen und Herren Abgeordneten! Thema der dringlichen Anfrage sollte bekannt sein. Es geht um den Prüfbericht des Landes-Rechnungshofes über die BELIG. Prüfungszeitraum wurde schon erwähnt, war 2016 - 2019.

Ich darf zu Beginn gleich festhalten, dass ich mir nicht ganz sicher bin, geschätzter Herr Klubobmann, ob Sie den Bericht wirklich vollumfänglich gelesen beziehungsweise verstanden haben, aber sei es drum. Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen. *(Abg. Markus Ulram: Das ist auch umgekehrt zu hinterfragen.)*

Ich komme auf ein paar Punkte. *(Abg. Markus Ulram: Sonst geht er ja nicht zur Staatsanwaltschaft.)* Ich habe vom Herr Landes-Rechnungshofdirektor Ende Jänner vom Zwischenbericht erfahren, das hat er mir persönlich mitgeteilt. Er hat mir auch mitgeteilt, dass ein paar kritische Punkte in diesem Bericht enthalten sind. Das habe ich selbstverständlich zur Kenntnis genommen.

Ein paar Tage später ist eben dieser vorläufige Bericht an uns ergangen. Ich habe daraufhin den Geschäftsführer der BELIG kontaktiert und ihn darum gebeten, hier für völlige Aufklärung zu sorgen und auch zur Verfügung zu stehen und gegebenenfalls auch dementsprechende Stellungnahmen einzuholen, wenn notwendig auch externe Stellungnahmen. Diese wurden auch eingeholt, seitens des Landes, aber auch von renommierten Rechtsanwaltskanzleien und aber auch Wirtschaftsprüfungskanzleien.

Ich habe dann am Tag der Veröffentlichung des Endberichtes auch den Endbericht natürlich erhalten. Ich wurde auch hier ein paar Tage vorher vom Herrn Landes-Rechnungshofdirektor darüber informiert, dass der Endbericht veröffentlicht wird.

Jetzt habe ich erwähnt, dass viele Stellungnahmen eingegangen sind. Die sind zum Teil auch in dem Endbericht platziert. Hier wurde auch aufgenommen, dass es Aufklärung gab, das darf man ja nie vergessen. Es steht dann immer noch der kritische Punkt und im Anschluss steht dann, dass es sich auf Grund der Stellungnahme aufgeklärt hat.

Manche Stellungnahmen wurden vom Herrn Landes-Rechnungshofdirektor oder beziehungsweise vom Landes-Rechnungshof nicht so aufgenommen, dass es zur - aus seiner Sicht - vollständigen Aufklärung geführt hat. Jetzt kann man es so und so sehen. Das eine sieht der Rechnungshof so, es gibt andere rechtliche Stellungnahmen, die sehen manches anders.

Um das Beispiel, das Sie erwähnt haben, aufzugreifen, was das Gehalt eines Geschäftsführers, eines vorhergehenden Geschäftsführers anbelangt: Hier kann man es auch anders sehen. Hier gibt es eben die Stellungnahme einer Rechtsanwaltskanzlei, die sagt, dass es vollumfänglich, wenn man die Gehälter zusammenzählt, noch immer innerhalb - monetäre Auszahlung - innerhalb der Vertragsschablone ist. Diese Stellungnahme besagt auch, dass es zu keinen strafrechtlichen Verfehlungen gekommen ist, aber, wie gesagt, das sind zwei unterschiedliche Rechtsansichten, es liegt jetzt bei der Staatsanwaltschaft.

Ich habe höchstes Vertrauen in die Justiz in Österreich. Ich habe höchstes Vertrauen in die Staatsanwaltschaft. Die wird das jetzt aufklären. Es gibt aber, wie schon erwähnt, auch andere Rechtsansichten zu den kritischen Punkten innerhalb des Rechnungshofberichtes.

Auch der zweite Punkt, der erwähnt wurde. Auch hier gibt es eine Stellungnahme. Das sind die Liegenschaftstransaktionen, die Sie angesprochen haben. Hier muss man natürlich auch die Stellungnahmen vollumfänglich kennen. Die wurden aus meiner Sicht nicht vollumfänglich im Endbericht verschriftlicht und aufgenommen. Auch das muss man respektieren. Ich respektiere die Arbeit des Landes-Rechnungshofes. Aber die klären es auch aus meiner Sicht auf. Es ist ja ein Gesamtprojekt angegangen worden, wo es um Bauplätze und auch Betriebsflächen gegangen ist. Hier wurde auch mit der Gemeinde Parndorf extra verhandelt, dass es für die Bürger in Parndorf niedrigere Baupreise geben soll. So kommt es auch zu differenzierten Preisen und es geht auch um Kontaminationsschwierigkeiten, die entstanden sind.

All das ist im Endbericht aus meiner Sicht nicht aufgenommen worden. Aber auch hier, wenn das der Staatsanwaltschaft übermittelt wurde, sie wird sich dem Fall annehmen und wird das Thema aufklären.

Sehr geschätzter Herr Klubobmann! Auf Ihre Ausführungen hinaus, und ich habe gestern auch Fragen bekommen Ihrerseits, oder war es vom Herr Kollegen Fazekas. Auch hier stelle ich mir die Frage: Was wollen Sie mit diesen Fragen bewirken?

Viele dieser Fragen haben nichts mit dem Rechnungshofbericht zu tun und viele dieser Fragen, es gibt auch ein eingeschränktes Fragerecht, kann ich ja gar nicht beantworten. Auch das sollten Sie hinlänglich wissen.

Aber erlauben Sie mir trotzdem, auf ein paar Fragen einzugehen. Ich bin mir nämlich nicht ganz sicher, ob Sie auch die Zeitachse verstehen. Wir befinden uns im Jahr 2021, falls das nicht bekannt ist, und Sie wissen auch, dass ich 2016 noch nicht Aufsichtsrat war. Ich war nicht 2008, ich war auch nicht 2012, nur zur Information. Ich frage mich, warum Sie mir dann eigentlich eine Frage, eine von 22 stellen, seit wann ich Aufsichtsrat bin. Das ist eine der Fragen. Das steht im Prüfungsbericht, letzte Seite, zur Information. Wenn man diesen liest, sollte man das wissen.

Die Frage, wer meine Vorgänger waren, steht auch im Prüfungsbericht. Wäre auch im Firmenbuch nachzulesen.

Auf eine Frage, wie ich mein Fragerecht als Aufsichtsratsvorsitzender ausübe: Mit höchstem Engagement, nach gesetzlichen Vorgaben, sodass es die Institution weiterbringt, dass die Kontrollfunktionen ausgeübt werden.

Die Zielvereinbarung, die Sie angesprochen haben, wo Sie eine Falschaussage jetzt getätigt haben: Sie haben behauptet, dass diese vermeintliche Zielvereinbarung, die 323 Tage nach Beginn des Geschäftsjahres von mir genehmigt wurde. Das war im Jahr 2016. Da war ich noch bei der Firma Johnson & Johnson. Ich konnte es dort in Wien nicht genehmigen. Also bitte, wenn Sie sich schon diesem Thema annehmen, dann müssen Sie ein bisschen ins Detail gehen. *(Heiterkeit bei der FPÖ – Abg. Doris Prohaska: Geh, das ist eine Recherche. Das sind Recherchen. – Abg. Markus Ulram: Das heißt, Sie bestätigen gerade, dass es so war. – Abg. Roman Kainrath: Eine Entschuldigung wäre gut.)*

Noch zu diesem Zeitpunkt war es auch so, dass die Generalversammlung die Zielvereinbarung gemacht hat und nicht der Aufsichtsrat. Seit ich Aufsichtsratsvorsitzender bin, ja, mache ich die Zielvereinbarung mit den Geschäftsführern und das innerhalb der ersten drei Monate des Jahres. So war es auch in meiner Vorvergangenheit, dass ich mit meinen Mitarbeitern die Zielvereinbarungen innerhalb des ersten Quartals gemacht habe. So machen wir es jetzt auch.

So nebenbei sei auch erwähnt, dass alle Verträge innerhalb der jetzt Landesimmobilien innerhalb der Vertragsschablone ordnungsgemäße aufgesetzt sind.

Die Fragen zum jetzigen Geschäftsführer, da stelle ich mir die Frage, auf was das abzielen soll. Das ist nicht Thema des Rechnungshofberichtes. Ganz im Gegenteil, der derzeitige Geschäftsführer wird positiv erwähnt in diesem Bericht aufgrund seiner Aktivitäten und Umsetzungen und Einführungen von diversen Tools innerhalb seiner Tätigkeit, innerhalb seines Tätigkeitszeitrahmens.

Auch die Frage, ob ich die Wirtschaftsprüfung durchgeführt habe, sinngemäß, ob ich geprüft habe. Ich habe es dreimal lesen müssen. Dazu beauftragt man den Wirtschaftsprüfer, der kriegt Geld, dass er eben diese Wirtschaftsprüfung durchführt. *(Abg. Markus Ulram: Den Bericht haben Sie gelesen?)* Er stellt dann ein Testat aus, und dieser Bericht wird in der Regel bei einer Aufsichtsratssitzung vom Wirtschaftsprüfer präsentiert. Und wenn es dazu Fragen gibt, werden wir Fragen stellen, haben wir Fragen gestellt. Wenn ein positives Testat ausgestellt wird, ist das in Ordnung. Auch wenn es sich zu den strategischen Plänen fügt und für in Ordnung befunden wird, ist das in Ordnung.

Wenn man auch kritisch sieht, dass eine Übergabe eines Geschäftsführers sich zwei Monate überschneidet, sehe ich es auch als jetzt nicht als einen Skandal, so wie Sie eh schon alles mittlerweile skandalisieren. Das ist ein Übergabezeitfenster, das aus meiner Sicht völlig legitim ist.

All das sind Fragen, wo ich mir die Frage stelle: Was soll das jetzt bringen? Die Punkte, die Sie erzählt und aufgezählt haben, habe ich versucht anzusprechen. Die liegen bei der Staatsanwaltschaft und genau dort sind sie halt jetzt.

Ich hätte auch die Stellungnahmen anders interpretiert, ich bin ja nicht die Justiz, ich bin ja nicht das Gesetz. Das soll jetzt die Staatsanwaltschaft prüfen, herzlichst gerne. Ich sehe hier überhaupt keinen Skandal, weil eben hier das Rechtsgutachten aussagt, dass es zu keinen strafrechtlichen Verfehlungen gekommen ist.

So viel sehe ich aus einem sehr umfangreichen Bericht. Auf die 200 Seiten möchte ich auch noch kurz, und ich meine das jetzt nicht unverschämt, eingehen, weil diese Prüfberichte des Landes-Rechnungshofes, die sind ja dann dreimal ausgeführt. Da steht einmal eine Zusammenfassung, dann ist es ein bisschen detaillierter und dann steht es zum dritten Mal drinnen. Ich stelle mir oft die Frage, ob es einfach dann nicht umfangreicher sein soll, damit es mehr Seiten gibt, aber verzeihen Sie mir diese Kritik.

Genauso wie ich - und das habe ich schon bei anderen Rechnungshofberichten erläutert - der Prüfzeitraum war von 16 - 19. Die Dinge, die seit Ende 19, beginnen 20, umgesetzt wurden, finden in so einem kleinen Absatz bei 200 Seiten nur Platz. Und das würde sehr vieles an den Kritiken des Landes-Rechnungshofes aufklären.

Es wurde seit der Neubestellung mit dem neuen Geschäftsführer, mit der neuen Strategie der Immobiliensäule vieles umgesetzt, was dem Rechnungshof entspricht, auch den Empfehlungen, viele Empfehlungen sind umgesetzt, viele Empfehlungen werden umgesetzt. All das findet statt.

Es wurde seit der Neubestellung des neuen Geschäftsführers, mit der neuen Strategie der Immobiliensäule vieles umgesetzt, was dem Rechnungshof entspricht, auch den Empfehlungen. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Viele Empfehlungen sind umgesetzt, viele Empfehlungen werden umgesetzt. All das findet statt, denn es wurde ein Qualitätsmanagementhandbuch eingeführt, es wurde eine Beschaffungsmatrix installiert, wir haben einen Lenkungsausschuss hier im Land installiert, damit man auch bei möglichen Kostenüberschreitungen eigene Regierungsbeschlüsse nochmals einholt, etc.

Es sind so viele positive Punkte, auch was das interne Kontrollsystem anbelangt, eingeführt und umgesetzt worden. Also diese Punkte werden natürlich umgesetzt - und das verstehe ich auch als Opposition - nie erwähnt, ich tue es aber, weil es mir wichtig ist, weil die Entwicklung der BELIG hin zur Landesimmobilien Burgenland eine Positive war, auch mit der Gründung der Projektenwicklung Burgenland.

Ich erspare Ihnen jetzt das, weil ich das schon mehrmals im Hohen Haus geschildert habe, was der Auftrag der Projektenwicklung Burgenland ist. Hier wird eine hervorragende Arbeit geleistet, genauso wie es in meiner Zeit als Aufsichtsratsvorsitzender von jedem einzelnen Aufsichtsrat gemacht wird.

Es sitzen dort höchst qualifizierte und sehr engagierte Personen, die sich auch im Aufsichtsrat sehr aktiv einbringen, das kann ich Ihnen berichten. Machen Sie sich keine Sorgen, für die Zeit, was 2004, 2006, 2009 war - tut mir leid, da war ich noch nicht da. Da kann ich nichts machen, aber ich stehe für völlige Aufklärung zur Verfügung und das werden wir auch machen.

Vielleicht erlauben Sie mir jetzt zum Schluss noch einen persönlichen Punkt: Ich habe das vor kurzem schon einmal gesagt und möchte es an dieser Stelle nochmals sagen: Ich habe mich vor knapp 2,5 Jahren entschieden, in die Politik zu gehen und das, um den Menschen zu dienen und mich für mein Heimatland einzubringen - wir haben heute schon die Festsitzung gehabt - und mir war bewusst, dass in der Politik ein politischer Diskurs stattfindet. Mir war klar, dass von der Opposition Kritik oder kritische Stimmen kommen werden. Mir war klar, dass es manchmal vielleicht auch zu emotionalen Diskussionen kommen kann. So naiv war ich nicht! (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Aber, was mir nicht gefällt, ist der Stil, den Sie manchmal an den Tag legen, genauso wie Sie jetzt diesen Bericht hier zu einem Skandal aufzubauschen, welcher

keiner ist. Das wollen die Leute nicht, das sollten wir jetzt aufgrund der aktuellen Situation insgesamt wissen. Mein Verständnis ist das nicht, Politik zu betreiben, denn ich mache es für die Menschen in diesem Land, für dieses Land, und das versuche ich auch, professionell zu machen. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Landesrat für Ihre Antworten auf die dringliche Anfrage, und ich darf nunmehr in die Debatte einsteigen.

In der Debatte über die dringliche Anfrage ist nunmehr die Frau Klubobfrau Abgeordnete Mag.a Regina Petrik gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Ich darf nur hinweisen für Sie, Frau Klubobfrau beziehungsweise für die nächsten Redner und Rednerinnen, dass hier nach § 30 Abs. 4 GeOLT bei dringlichen Anfragen kein Redner und keine Rednerin länger als 20 Minuten Redezeit hat. Das nur als Hinweis, und ich darf daher Sie schon ans Rednerpult bitten. In Vorbereitung ist der Herr Klubobmann Johann Tschürtz.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Mag.a Regina Petrik (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Das mit den 20 Minuten werde ich schaffen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Landesrat! Werte Regierungsmitglieder! Der Burgenländische Landes-Rechnungshof hat hier mit diesem Prüfbericht, das muss man mit aller Deutlichkeit sagen, einen handfesten Skandal aufgedeckt. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Spitze des Eisbergs, der ehemalige Geschäftsführer verkaufte Grundstücke - stark verbilligt - an ausgewählte Käufer, ich glaube, gendern ist da nicht nötig, die dafür auch noch mit Extrazahlungen bedacht wurden. Andere Grundstücke wurden Gemeinden einfach geschenkt. Um welche Gemeinden es sich konkret handelt, das ist in diesem Bericht nicht ausgewiesen, aber dem wird auch noch nachzugehen sein.

Aber, es ist eben schon auffällig, wenn man dann im Bericht lesen kann: Im Beschlussantrag an den Aufsichtsrat vom Oktober 2013 legt der Geschäftsführer A neben dem Mindestverkaufspreis noch eine unentgeltliche Abtretung von rund 22 Prozent der gesamten Aufschließungsfläche an die betreffende Gemeinde zur Genehmigung vor.

Die Abtretung sollte für Verkehrs- und Grünflächen mit gesonderter Vereinbarung erfolgen und der Aufsichtsrat hat einfach nicht weiter nachgefragt, sondern hat das durchgewunken und hat das sogar einstimmig beschlossen.

Dem Aufsichtsrat wurden Bewertungsgutachten nur mangelhaft und bruchstückhaft vorgelegt. Aber, der Aufsichtsrat hat gar nicht so genau hingeschaut.

Unter Aufsicht der Landesregierung wurden viele Entscheidungen einfach durchgewunken, wie beispielsweise bei einem Grundstücksverkauf zum Schnäppchenpreis im Bezirk Neusiedl am See. Die BELIG verkaufte es um 38.500 Euro unter dem Preis, den sie selbst im Jahr 2004 bezahlt hatte und verschleuderte es um 214.500 Euro unter dem eigentlichen Wert. Ich frage mich nun, wer waren denn die Profiteure dieser Grundstücksdeals der BELIG, bei denen der Aufsichtsrat nicht so genau hingeschaut hat?

Der Geschäftsführer trickste nicht nur bei etlichen Geschäften, er achtete auch darauf, bei all den Konstruktionen selbst finanziell gut auszusteigen und wieder stellt sich die Frage, warum der Aufsichtsrat unter dem Vorsitz der Landesregierung, hier geht es um die Jahre 2016 bis 2019, zugeschaut hat?

Oder weggeschaut, oder ja, wohin hat der Aufsichtsrat in der Zeit überhaupt geschaut?

Der Burgenländische Landes-Rechnungshof weist ausdrücklich auf den Public-Corporate-Government-Kodex hin, der wesentliche Bestimmungen für jene Unternehmen vorsieht, an denen eine Gebietskörperschaft, also der Bund, ein Land, eine Gemeinde beteiligt ist, denn diese Unternehmen sollen ja besonders transparent und nachvollziehbar arbeiten. Es ist ja viel Steuergeld enthalten, das mit hoher Sorgfaltspflicht verwaltet werden muss.

Neben dem Mehrheitseigentümer Landesholding Burgenland wurde auch das Land Burgenland als mittelbarer Eigentümer und größter Mieter der BELIG geprüft. Die BELIG erzielt, nur damit man sozusagen die Größenordnungen hier mitvollziehen kann, rund 93 Prozent der Umsatzerlöse durch Vermietung an das Land und an Betriebe der landesnahen Unternehmen. 93 Prozent!

Aus diesen Vermietungen stiegen die Erlöse in den untersuchten Jahren und daraufhin wurden Gewinne an die Landesholding ausgeschüttet. Also, mit Steuergeld werden steigende Mieten bezahlt und die Gewinne aus diesen Mieten fließen fröhlich in die Betriebe der Landesholding.

Diese Gewinnausschüttungen wurden getätigt, obwohl es auf der anderen Seite für einen Fremdfinanzierungsanteil von fast 90 Millionen Euro keine laufenden Tilgungen gab. Der Burgenländische Landes-Rechnungshof fand heraus, dass es für diese Summen auch noch in den Cash-Flow des operativen Geschäftsganges der BELIG keine Deckung gab.

Für die BELIG-Verantwortlichen und den Aufsichtsrat war das offensichtlich egal, man schüttete dennoch Gewinne aus.

Man verzichtete sogar gegenüber einem Tochterunternehmen, dem VIVA Landessportzentrum, auf Forderungen aus Liquiditätsaushilfen in der Höhe von 1,62 Millionen Euro. Für den Sport kann man schon einmal ein Auge zudrücken, wir kennen das ja auch von anderer Seite, denn dort brauchte es einen Untersuchungsausschuss, um die Verquickungen und Verantwortlichkeiten des Landes zu untersuchen.

Wesentliche Empfehlungen des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes aus früheren Berichten ignorierte die BELIG schlichtweg und der Aufsichtsrat schaute offensichtlich weg.

Da geht es beispielsweise - das wurde vorher auch schon angesprochen - um das Gehaltsschema. Es geht darum, wie wurde mit der Burgenländischen Vertragsschablonenverordnung umgegangen - ein Thema, das uns ja auch in Bezug auf andere Gehälter in landesnahen Konzernen schon beschäftigt hat, wo es auf der einen Seite eine Schablonenverordnung gibt, welche Gehälter wie hoch sein dürfen und auf der anderen Seite für Einzelpersonen einfach Ausnahmen gemacht werden.

Ich werde da jetzt in der Ausführung kürzen, weil der Kollege Ulram darauf schon ausführlich eingegangen ist, aber ich möchte schon auch noch darauf hinweisen, dass das Fehlen eines dokumentierten Gehaltsschemas für die Mitarbeiter der BELIG auch hier als weiteres Beispiel für strukturelle Defizite in der Verbindung mit weitreichenden Handlungsspielräumen für die Geschäftsführung vom Landes-Rechnungshof aufgezählt wird.

Nun muss man eines schon hier sagen, all diese Vorwürfe treffen jetzt gerade den Landesrat Dorner am wenigsten von allen, denn das betrifft einen Zeitraum, in dem der

frühere Landesrat Bieler und der jetzige Landeshauptmann Doskozil im Aufsichtsrat zuständig waren. 2019, wo dieser Bericht endet, hat die Arbeit im Aufsichtsrat für den jetzigen Landesrat Dorner begonnen. Insofern stimmt es schon, dass es da vielleicht in der Person in manchen Vorwürfen jemanden Falsches trifft, aber die Gesamtverantwortung und all das, was im Aufsichtsrat passiert ist all die Jahre, oder eben nicht passiert ist, wo eben weggeschaut wurde, all die Jahre, das betrifft natürlich schon die Landesregierung als Kontrollorgan und als diejenige, die immer den Aufsichtsrat beschickt und den Vorsitz dort stellt.

Als solches bitte möge das auch hier ganz deutlich verstanden werden und da muss ich jetzt schon auch sagen, nach sechs Monaten Untersuchungsausschuss mit einem Fokus auf das Versagen von Aufsichtsräten stechen einem da schon ein paar Parallelen ins Auge. Bei anderen offensichtlich nicht, aber mir fällt es eben auf. Auch bei der BELIG prüfte dieselbe Wirtschaftsprüfungskanzlei von 2006 bis 2019 die Jahresabschlüsse. All die Jahre immer eine Wirtschaftsprüfungskanzlei. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Trotz gegenteiliger Empfehlung des Landes-Rechnungshofes bereits im Jahr 2013 ließ der Aufsichtsrat das durchgehen und kümmerte sich einfach nicht darum, die Prüfer einmal zu wechseln.

Das ist ja nicht etwas, was jetzt neu gekommen ist! Das hat ja schon der frühere Aufsichtsratsvorsitzende Bieler vom Landes-Rechnungshof gemeldet bekommen, aber, es war egal!

Erst 2019 sah sich die Landesregierung bemüßigt, auf den Rechnungshof zu hören. Wie sie genau das getan hat, das wird der Kollege der SPÖ sicher ausführlich erläutern, darum brauche ich hier nicht näher darauf einzugehen, denn ein bisschen wurde es ja auch schon vom Herrn Landesrat erläutert. Aber, man muss so ehrlich sein, sich das anzuschauen, was hier geschah, wo die Probleme auch von der aktuellen Landesregierung noch nicht wirklich ernst genommen werden.

Nach sechs Monaten Untersuchungsausschuss mit dem Fokus auf das Versagen von Aufsichtsräten, wo wir uns in diesem Fall alle einig waren, haben wir hier auch neuerlich eine Erkenntnis des Burgenländischen Landes-Rechnungshofes, dass die fachliche Qualifikation von Aufsichtsräten, die durch die Landesregierung beschickt werden, leider nicht selbstverständlich ist. (*Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Dazu hatte ich auch an die Mitglieder der Landesregierung eine Anfrage gestellt: Ich wollte wissen, wie es um die Qualifikationen der Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräten in den landesnahen Betrieben bestellt ist? Die Antworten waren zum Teil ernüchternd, wobei auch hier die Qualität der Antworten nach Regierungsmitgliedern zum Teil variierte, zum Teil war ersichtlich, dass es akkordiert ist.

Wir erfahren nicht, welche Ausbildungen und Erfahrungen die Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräte, die vom Land beschickt werden, haben und was genau diese speziell für ihren verantwortungsvollen Job qualifiziert.

Es wird in der Beantwortung auf meine Anfrage auf Lebensläufe verwiesen, dort stünde das dann, aber die SPÖ-Alleinregierung liefert das eben leider nicht mit.

Begründet wird das dann praktischerweise mit dem Datenschutz. Das heißt, es wird zwar gesagt, die haben alle eine gute Ausbildung, die sind qualifiziert, das kann man ohnehin in den Lebensläufen nachlesen. Nur die Lebensläufe kann man nicht nachlesen, weil die dem Datenschutz unterliegen.

Worin ich mich dann auch wieder frage, warum unterliegen Lebensläufe dem Datenschutz? Das sind ja keine Geheimnisse, die in einem Lebenslauf enthalten sind, das sind ja meistens die Daten, die Bewerberinnen und Bewerber, ob es für Aufsichtsräte oder für andere Posten sind, ja gerne darstellen, weil wer was kann, stellt das ja auch gerne dar.

Das heißt, die Aufsichtsratsbesetzungen durch die SPÖ-Landesregierung bleibt dann doch immer wieder so etwas wie eine Blackbox für uns hier im Landtag.

Der Landeshauptmann Doskozil, Landesrat Schneemann und Landesrat Dorner besetzen 31 Aufsichtsräte in insgesamt elf Unternehmen, wie der KRAGES, dem VOR, der Neusiedler Seebahn und dem RMB, der Wein- oder der Fußballakademie. Ich erzähle das deswegen jetzt hier, damit man sieht, wie hier mit der Frage nach Aufsichtsräten umgegangen wird.

Nicht aufgelistet werden in der Anfragebeantwortung die von der Landesholding entsandten Aufsichtsräte, also entweder in die Energie Burgenland oder in den Burgenland Tourismus.

In der übermittelten Liste stehen auch viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus dem Umfeld des SPÖ-Chefs, das ist dann klar ersichtlich.

Dieser hat in der Beantwortung einer mündlichen Anfrage, und er ist heute leider nicht hier, um sich auch dieser Kritik zu stellen, als derjenige, der doch länger in der fraglichen Zeit noch als Aufsichtsratsvorsitzender tätig war. Der Landeshauptmann Doskozil hat mir in einer mündlichen Anfrage im Juli 2020 geantwortet, dass das wichtigste Kriterium zur Auswahl eines Aufsichtsrates oder einer Aufsichtsrätin ist, das persönliche Vertrauen.

Ich meine, es braucht klare, objektive Kriterien, die sich nach internationalen Maßstäben richten und nicht nach persönlicher Loyalität. Natürlich schickt man Aufsichtsräte wohin, damit die auch schauen, wird die Linie, die man haben möchte, vertreten und von dem Betrieb umgesetzt, na klar.

Das ist auch Aufgabe in der Politik, aber es muss klar ersichtlich sein, es muss transparent sein und es müssen auch diese Personen sein, die höchste Qualität hier mitbringen und auch, zum Beispiel, die diversen Angebote der Landesholding zur Weiterbildung für Aufsichtsräte wahrnehmen, weil alle drei Landesräte wiesen darauf hin, dass diese Fortbildungen, die leider Covid bedingt ausgefallen sind, nicht wahrgenommen werden konnten, wobei ich das nicht ganz nachvollziehen kann, weil auch Aus- und Weiterbildungen digital stattfinden und stattgefunden haben, auch im letzten Jahr.

Auch der Landesholding-Chef Rucker hat im Untersuchungsausschuss ausgesagt, dass die Schulungen nicht sehr häufig besucht werden, so hatte er es nobel ausgedrückt.

In der Anfragebeantwortung ist aufgelistet, dass es möglicherweise im Herbst 2021 die nächsten Weiterbildungsveranstaltungen gibt. Da steht den Aufsichtsratsmitgliedern der direkten Beteiligung des Landes Burgenland offen. Na lieb. Schön. Ich frage, welche Qualifikation haben die Aufsichtsräte, die von der Landesregierung geschickt werden? Welche Fortbildungen machen Sie? Die Antwort ist: „Es gibt Fortbildungen.“ Ja, das sagt natürlich, auch eine Nichtantwort sagt natürlich einiges aus.

Zurück zur BELIG. Der Aufsichtsrat der BELIG hat all die Jahre weggeschaut. Das wird in diesem Bericht des Landes-Rechnungshofs mehrmals zum Ausdruck gebracht und ausdrücklich niedergeschrieben. Er hat weggeschaut und damit die mutmaßlichen kriminellen Machenschaften des Geschäftsführers gedeckt.

Der Aufsichtsrat, dessen Vorsitz immer ein Landesregierungsmitglied innehatte, hat schlampig gearbeitet. So wurden Aufsichtsratsbeschlüsse im Wege von Umlaufbeschlüssen gefasst, ohne Erläuterungen durch den Geschäftsführer einzuholen. Wiederum kritisiert der Rechnungshof, dass das Land jegliche inhaltlichen Vorgaben und eine Liegenschaftsstrategie vermissen ließ. Hier hat die Landesregierung ihre Verantwortungen in der Aufsicht einfach nicht wahrgenommen und damit massive Verluste für die BELIG in Kauf genommen.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Landes-Rechnungshof in seinen Berichten skandalöse Zustände in der BELIG aufzeigt. Es gab alle paar Jahre einmal so einen Bericht. Umgesetzt wurde Vieles nicht. Statt diese zu bereinigen, hat die Landesregierung die Dinge dann einfach laufen lassen. Auch Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, der vom März 2018 bis Mai 2019, also noch innerhalb des Prüfungszeitraumes dieses Berichtes Aufsichtsratsvorsitzender der BELIG war.

In dieser Funktion hat er offensichtlich versagt. Es täte gut daran, endlich eine Qualifizierungsmaßnahme für Aufsichtsräte zu absolvieren, wie sie von der Holding selbst angeboten werden. Denn Freundschaft ist kein Qualitätskriterium für einen Aufsichtsrat.

Wenn wir es uns im Gesamten anschauen. Es gibt Muster in der immer wiederkehrenden Kritik des Landes-Rechnungshofes. Es gab keine klar definierten und überprüfbaren Zielfestlegungen. Das haben wir ja auch, zum Beispiel, zuletzt bei den Wohnbaugenossenschaften gelesen. Es fehlte an strategischer Steuerung. Es fehlte an Transparenz in den Abläufen.

Es gibt auch ein Muster in der Reaktion der SPÖ auf Kritik am Verhalten der Landesregierung oder in dem Fall eines Betriebes aus der Landesholding oder eines anderen landesnahen Betriebes. Kaum kommt Kritik, kommt dann sofort der Reflex von Abstreiten, Leugnen, Sager „Man hätte immer alles richtig gemacht.“ Das ist aber keine gute Grundlage zur Verbesserung von Zuständen.

Dieses Verweigern von Reflexion und dieses Ausmaß an Selbstüberschätzung ist eine Zumutung für alle selbstdenkenden Bürgerinnen und Bürger. Landesrat Dorner hat uns heute hier offensichtlich auch gezeigt, dass es einen anderen Weg gibt. Nämlich, dass man sich mit der Kritik auseinandersetzen kann und hier auch Veränderungen in die Wege leiten kann. (*Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten*)

Seitens der Landespartei oder des Klubs erlebe ich immer nur eine strikte Ablehnung und Verleumdung jeglicher kritischer Rückmeldung. Der Landes-Rechnungshof schaut also nicht weg. Er untersucht, zeigt, fordert auf, sorgfältigere Arbeit hier zu leisten. Er bestätigt auch unsere Forderung, dass die landesnahen Betriebe stärker unter die Kontrolle des Landtages gehören, weil eben von der Landesregierung selbst oft weggeschaut wird, wenn Aufsicht ausgeübt werden sollte.

Deswegen muss der Landtag eine Kontrollmöglichkeit für die ausgelagerten Betriebe bekommen. Auch das Interpellationsrecht für Abgeordnete, also das Fragerecht und das Recht, Akteneinsicht zu nehmen, muss auf die landesnahen Betriebe ausgeweitet werden, weil da viel Steuergeld steckt.

Das wird auch heute in der Debatte einmal mehr deutlich. Wir sollten auch unsere eigenen Regeln, unsere Geschäftsordnung daraufhin ändern, dass der Landesrechnungshofdirektor im Landtag ein Rederecht bekommt. Weil auch er soll dazu Stellung nehmen können, wie hier über seine Arbeit gesprochen wird.

Ja, 100 Jahre Landtag, 100 Jahre Kontrollaufgabe des Landesparlaments, 100 Jahre Landesregierung. Gerade heute sehen wir, wie wichtig das ist. Gerade heute sehen

wir, dass es hier noch einiges zu tun und aufzuklären gibt. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!
(Beifall bei den GRÜNEN und der ÖVP)

Präsidentin Verena Dunst: Danke Frau Klubobfrau. Wie ich bereits vorher angekündigt habe, ist jetzt der nächste Redner der Herr Klubobmann Johann Tschürtz. In Vorbereitung der Herr Abgeordnete Patrik Fazekas, BA.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Grundsätzlich muss man einmal festhalten, dass es natürlich in Ordnung ist, dass dieser Bericht der Staatsanwaltschaft weitergegeben wird. Das ist in Ordnung so, denn wenn man hier Mängel entdeckt, dann ist das vollkommen in Ordnung.

Dafür möchte ich dem Rechnungshof auch danke sagen, wo jeder Bericht penibel erarbeitet ist und wo man sich wahrscheinlich zu einem sehr hohen Prozentsatz darauf verlassen kann. Zur Zuständigkeit des Herrn Landesrates Dorner möchte ich schon bemerken, dass der Landesrat Dorner damals diese Zuständigkeit nicht hatte. Das heißt, alles, was jetzt so massiv gegen Herrn Landesrat Dorner kommt, hat nur ganz gering seine Richtigkeit, denn wir wissen ja alle, wann das alles stattgefunden hat.

Wir haben heute schon die Geschichte mit den Geschäftsführern gehört. Das ist uns allen, mittlerweile jedem, schon bekannt, auch der Bevölkerung. Die kennen die Situation rund um diese Grundstücksverkäufe. Die Frau Abgeordnete hat das vorher erwähnt. Wir kennen das, wie Grundstücke sogar verschenkt wurden, unter dem Wert verkauft wurden und so weiter und so fort. Oder auch die Situation, wo der Aufsichtsrat den größten Teil oder einen sehr großen Teil der Beschlüsse durch Umlaufbeschlüsse getätigt hat. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Also, da muss man auch darüber nachdenken, warum das ein Geschäftsführer so gehandhabt hat. Wahrscheinlich hat er schnell irgendeinen Beschluss gebraucht und hat durch die Gegend gerufen. Hat dann gesagt: Ihr sagt ohnehin ja, das wird schon passen. Das heißt, das sind schon Dinge, die man durchaus ansprechen darf.

Ich glaube auch, dass diese Sitzung auch seine Ordnung hat. Auch wenn manche glauben, das ist überschießend, aber das glaube ich nicht, denn wenn ein Bericht an die Staatsanwaltschaft geht, dann hat das seine Berechtigung, dass man darüber auch eine Sondersitzung einberuft. Also, da bin ich der vollsten Überzeugung. Ich glaube auch, dass die grundsätzlichen Situationen, die da vom Rechnungshof mit „warum der Wirtschaftsprüfer nicht gewechselt wurde“ und so weiter und so fort, angeführt wurden, enorme Richtigkeit haben.

Was mir aber noch aufgefallen ist, das ist heute noch nicht erwähnt worden oder noch nicht in die Diskussion eingeflossen, dass die Eigenmittelquote der BELIG auf 2,9 Prozent gesunken ist. Das heißt, der ist auf 2,9 Prozent gesunken. Unter acht Prozent wird es schon ganz gefährlich, weil man da ein Reorganisationsverfahren braucht. Es ist genauso, wie zum Beispiel, der Liquiditätsnotstand an die VIVA. Das heißt, natürlich ist es möglich, aus geschäftlicher Sicht, es ist klar. Aber wenn man es umgekehrt wieder betrachtet und es dann wieder eine Gewinnausschüttung gibt, eine Dividendenausschüttung gibt, dann hinkt das auch ein bisschen.

Das heißt, wenn man auf 2,9 Prozent herunterfällt und überhaupt die Schuldentilgungsdauer, denn da ist auch in den Reorganisationsverfahren festgelegt, dass die Schuldentilgungsdauer maximal fünf Jahre sein darf. Wir haben dort zwischen 35 und 46 Jahre schon gehabt. Darf ich schnell kurz aus dem Reorganisationsverfahren einen Satz vorlesen, der gar nicht so uninteressant ist. Auch für diejenigen, die im

Aufsichtsrat gesessen sind oder die im Aufsichtsrat sitzen. Es steht im Reorganisationsverfahren, dass, wenn der Aufsichtsrat, Geschäftsführer oder Vorstände die Krisensymptome nicht sehen konnten, oder nicht verspätet sehen konnten oder nicht erkannten, dann trifft diese auch selbst die persönliche Haftung für ungedeckte Gesellschaftsverbindlichkeiten bis zu 100.000 Euro.

Das heißt, auch hier war das nicht so locker, denn irgendwann muss man ja im Aufsichtsrat erkannt haben, dass die Eigenmittelquote weit unter acht Prozent gesunken ist. Das heißt, dieser Bericht hat natürlich deshalb wirklich eine Relevanz, weil ich glaube, dass in der BELIG so ziemlich sehr viel nicht wirklich in Ordnung war. Aber, es ist in Ordnung, dass man die Staatsanwaltschaft einschaltet. Es ist auch in Ordnung, dass dieser Sonderlandtag heute stattfindet.

Aber, eines kann ich mir natürlich in Richtung ÖVP nicht verkneifen, das bringe ich nicht zusammen, wenn die ÖVP die sofortige Entlassung des Geschäftsführers und des Prokuristen fordert. Wieso fordert die ÖVP nicht die sofortige Entlassung des Thomas Schmid. Das wäre doch auch eine Möglichkeit bei der ÖBAG. Ich verstehe auch nicht, ich verstehe auch nicht ... *(Abg. Georg Rosner: Vom Land!)* Ihr seid vom Land, das sehe ich schon. Ihr habt auch keine Masken auf und im Bund haben sie eine Maske auf. *(Abg. Georg Rosner: So ausgemacht! – Abg. Markus Ulram: Ausgemacht! – Abg. Walter Temmel: Ausgemacht!)*

Das ist auch bezeichnend. Ist auch bezeichnend. Ausgemacht ist gut. Oben schimpft Ihr und geht unglaublich wüst gegen Herbert Kickl her *(Abg. Georg Rosner: Bist Du nicht in der Präsidiale gesessen?)* und selber sitzt Ihr hier ohne Maske. *(Abg. Georg Rosner: In der Präsidiale ausgemacht. - Abg. Markus Ulram: Frau Präsidentin! Nachholen, alle auch die Blauen.)* Es ist ja wirklich unglaublich. Wir stehen ja dazu. Ihr nicht.

Präsidentin Verena Dunst: Herr Klubobmann, Sie sind am Wort. *(Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten - Abg. Markus Ulram: Die Tests tät ich auch gerne sehen. Habt wahrscheinlich eh keinen.)*

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ) (fortsetzend): Ihr habt sogar einen Misstrauensantrag gegen meine Person damals gestellt, *(Abg. Markus Ulram: Die Tests zahlt die Landtagsdirektion.)* obwohl da überhaupt kein anfänglicher Tatbestand, nichts da war, habt Ihr einfach einen Misstrauensantrag gestellt.

Das dürfen die ÖVPler, die dürfen das ruhig. Wir können auch den Herbert Kickl entlassen einfach, weil vielleicht irgendwann irgendetwas gewesen sein könnte. Wieso werden Kurz und Blümel nicht entlassen? Was ist da? Ist da schon irgendetwas passiert oder noch nicht passiert? Weißt Du, das ärgert mich so, das ärgert mich so.

Wenn man mit der ÖVP zusammenarbeitet im Bund und die beinhart darüberfahren und den ganzen Staat vereinnahmen und dann spielen sie natürlich die Beleidigten sogar. Aber, noch einmal zurückzukommen auf den Bericht, das habe ich mir nicht verkneifen können, weil es wirklich so ist, weil es mir heute noch in der Magengrube liegt, das ist wirklich. Aber, ich kann Euch eines garantieren: „Was Du nicht willst, dass man Dir tut, das füge auch keinem anderen zu.“ Das wird Euch wahrscheinlich genauso gehen.

Zurückzukommen noch einmal zum Bericht: Wieder positiv für die ÖVP. Ich finde das in Ordnung, dass heute die Sondersitzung stattfindet. Ich finde das auch sehr positiv, dass man darüber redet, und wir werden sehen, wie die Staatsanwaltschaft ermittelt. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Klubobmann. Als Nächster ist der Herr Klubobmann Robert Hergovich am Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Vielen Dank Frau Präsidentin. Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Vorweg möchte ich mich bei der Präsidentin und ihrem gesamten Team, aber auch bei der Landtagsdirektion, bei der Frau Direktor und beim Stellvertreter und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Direktion recht herzlich bedanken. Das war wirklich eine grandiose Sitzung heute Vormittag. Das war eine Sitzung, die dessen Namen auch verdient zum hundertjährigen Jubiläum. Vielen Dank für diese großartige Sitzung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Hohes Haus! Der Rechnungshof ist ein sehr wichtiges Instrument des Landtages. Er trägt vor allem dazu bei, dass wir noch besser werden und wir können immer besser werden. Ich glaube, das ist gerade zum hundertjährigen Jubiläum ein wichtiges Signal, dass wir in die Zukunft schauen und immer versuchen, besser zu werden.

Da dient auch der Landes-Rechnungshof mit seinen Empfehlungen. Beim gegenständlichen Bericht muss man aber schon erwähnen, dass der Prüfzeitraum sehr lange zurückreicht. Ja, die vom Kollegen Ulram kritisierten Dinge, sogar ins Jahr 2009 reichen, also mehr als ein Jahrzehnt, um genau zu sein, zwölf Jahre vergangen sind.

Ich sage das deswegen, weil die ÖVP damals mittendrin und nicht nur dabei war, denn Sie waren sowohl in der Landesregierung, *(Abg. Markus Ulram: Der Bericht betrifft den Zeitraum 2016 - 2019, meines Wissens.)* als auch im Aufsichtsrat. Heute werden diese Dinge, die damals die ÖVP mitgetragen hat, heftigst kritisiert. Ist in Ordnung. Das glaubt Ihnen keiner mehr, kein Wort in ganz Burgenland, weil Sie versuchen, alles und jeden zu skandalisieren. Das ist Ihre Sache.

Auf das will ich mich nicht mehr einlassen. Seither, und das muss man durchaus schon positiv erwähnen, ist aus der BELIG die LIB geworden. Sie wurde also neu aufgestellt. Ein neuer Geschäftsführer und zum Teil auch neue Aufsichtsräte wurden bestellt, die allesamt einen guten Job machen, die hoch qualifiziert sind.

Kollegin Petrik, wenn Sie sich das noch einmal anschauen, wer dort aller tätig ist, dann würden Sie sehen, welche kompetenten Menschen dort Verantwortung tragen, die das unentgeltlich und ehrenamtlich machen. Ich erwähne das jetzt auch noch einmal in diesem Rahmen. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Die Vorschläge des Rechnungshofes, das hat der Herr Landesrat schon angedeutet, sind eigentlich Großteils umgesetzt. Das hat auch der Landes-Rechnungshof positiv angemerkt. Insbesondere die Neuaufstellung der LIB. Die BELIG wurde also zur LIB. Auch das wurde ausdrücklich positiv im Bericht vermerkt und kundgetan.

Der Rechnungshof hat nun den Bericht auch an die Staatsanwaltschaft geschickt, um diese Dinge prüfen zu lassen. Das ist völlig legitim. Das ist völlig in Ordnung. Wir vertrauen der Justiz hier völlig. Wir wollen hier absolute Transparenz und das ist auch notwendig, um das Vertrauen der Burgenländerinnen und Burgenländer zu haben. Wie gesagt, wir sind da nicht die ÖVP, die sofort die Justiz attackiert. Ganz im Gegenteil. Die Justiz arbeitet sehr gewissenhaft, sehr sorgfältig und wir sind da durchaus froh, dass das auch aufgeklärt wird, dass da nichts mehr überbleibt und im Raum stehen bleibt.

Auch die Landesimmobilien Burgenland, die LIB, hat klargemacht, dass sie um Aufklärung bemüht ist. Sie will mit der Justiz zusammenarbeiten. Auch das ist ja nicht selbstverständlich, wie man von der ÖVP weiß. Also, da geht keiner mit einem Laptop spazieren oder sonst irgendetwas, da werden auch keine E-Mails zurückgehalten. Ganz im Gegenteil, da wird versucht, mit der Justiz zusammenzuarbeiten.

Aber, wie so oft zeigen die Reaktionen der einzelnen Parteien, warum es Ihnen tatsächlich geht. Dass wir eine Sonderlandtagssitzung machen, um diesen Rechnungshofbericht zu thematisieren, ist völlig in Ordnung, ist völlig legitim. Man muss aber immer zwischen den Zeilen lesen und schauen, was will die eine oder die andere Fraktion mit ihren Aktionen erreichen.

Die ÖVP sprach beim ersten Mal von einer Bombe. Von einer Bombe, die explodiert. Eine Polit-Bombe detoniert! Mittlerweile wissen wir, es handelt sich mehr um eine Schwedenbombe. Wenn man zu viel Schwedenbomben isst, dann ist das ungesund, genauso wie die Politik der ÖVP. Die ist ungesund für die Burgenländerinnen und Burgenländer. Sie schadet dem Land, sie schadet den Menschen. Aber okay, Sie konsumieren die Schwedenbomben, nicht wir. *(Abg. Wolfgang Spitzmüller: Das schadet dem Rechnungshof!)*

Ihnen geht es nämlich nicht um Verbesserungen. Es geht Ihnen überhaupt nicht um Verbesserungen. Das ist nämlich das, wozu es den Landes-Rechnungshof gibt und der hier wirklich bemüht ist. Ihnen geht es ausschließlich um Phantomsandale. Der Landesrat hat es heute schon sehr treffend formuliert. Alles und jeder wird skandalisiert und das immerhin schon fast sechs, sieben Jahre lang.

Da sieht man, welche Intention dahintersteckt. Ihr einziger politischer Inhalt, die einzige politische Agenda die Sie anführen ist, das Land und die Menschen schlechtzureden. Es gibt sonst nichts zu diffamieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber jetzt ganz ehrlich. Ich verstehe Kritik. Die kann man auch äußern, das ist völlig in Ordnung. Kollege Tschürtz hat Kritik geäußert, Kollegin Petrik hat Kritik geäußert. Ist völlig in Ordnung. Aber das was Sie machen, alles zu skandalisieren und nur zu kritisieren, ist das nicht unbefriedigend? Ich bin in die Politik gegangen, weil ich etwas bewegen will. Weil ich etwas weiterentwickeln will, weil ich das Burgenland voranbringen will. Sie sind offensichtlich in die Politik gegangen, um zu kritisieren, um schlecht zu reden, um Land und Menschen schlecht zu machen. Das ist abzulehnen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aber ich habe ja die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Ich warte ja jede Sitzung, nein, irgendwann kommen Sie und sagen, das sind unsere Projekte, das sind unsere Ideen, wie wir aus der Krise kommen. Das ist unser wirtschaftspolitisches Projekt, das die Wirtschaft ankurbeln soll. Das sind Maßnahmen und Projekte, die am Arbeitsmarkt verstärken sollen. Ich habe auch heute wieder nichts gehört von Ihnen. Ich habe die letzten sieben Jahre nichts von Ihnen gehört inhaltlich, außer schlechtreden und so weiter.

Das ÖVP-Motto lautet: „Geht es dem Land gut, geht es der ÖVP schlecht, geht es dem Land schlecht, geht es der ÖVP gut“. Manche sagen sogar, Sie agieren burgenlandfeindlich. Wenn ich an den Untersuchungsausschuss der Commerzbank denke, dann muss ich ganz ehrlich sagen, dann stimme ich dem auch zu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe wirklich den Eindruck, dass Sie seit 2015 einen Art Burgenlandkomplex mit sich tragen. Immer - Sie sind immer bemüht - das Burgenland und die Menschen schlecht zu machen. Dann geht es Ihnen gut. Und das seit dem Jahr 2015! Das halte ich wirklich für bedauerlich.

Kollege Ulram zitiert heute. Ich zitiere ihn, verzeihen Sie, ich zitiere den Kollegen Ulram: „Es riecht nach Freunderlwirtschaft und Missbrauch“. Dann erfahren wir heute aus den Medien zum Beispiel aus dem Kurier, *(Der Abg. Robert Hergovich zeigt den KURIER)*, dass die Staatsanwaltschaft wegen Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung in der Stadt Eisenstadt ermittelt.

Ich zitiere den ÖVP-Obmann Ulram: „Es riecht nach Freunderlwirtschaft und Missbrauch“. Die Staatsanwaltschaft ermittelt hier. Schauen wir mal, was da herauskommt.

Was aber jetzt immer klarer wird ist, dass die Magistratsdirektorin, die plötzlich nichts damit zu tun hat, die Schwägerin vom ehemaligen Geschäftsführer dieser Genossenschaft beziehungsweise jetzigen Aufsichtsrat ist. In der ÖVP würde man sagen - Familie. Familie, wie wir aus den Chatprotokollen erfahren haben. Wenn man alles weiß, zumindest haben wir heute schon vier oder fünf Anrufe erhalten, dann gibt es auch gute freundschaftliche Verbindungen zum Bürgermeister.

Ich frage mich, ob die ÖVP jetzt mit gleichen Maßen misst und sagt: Die Frau Direktorin muss sofort dienstfreigestellt werden oder ob das nur für andere gilt, nämlich nicht der, der der ÖVP angehört. Da bin ich schon neugierig, wie jetzt die ÖVP reagiert, denn das ist eine Frage, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Glaubwürdigkeit.

Insgesamt darf ich sagen: Wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen. Denn die Aufsichtsräte waren aus der ÖVP in der Anzahl von 12 Personen. 12 Personen! Kollege Steiner war ja Büroleiter von 2000 bis 2010 in dieser Zeit. Nämlich von 2004 bis 2011 war der damalige Landeshauptmann-Stellvertreter Steindl, wo Sie ja Büroleiter waren, auch direkt Aufsichtsratsmitglied. In dieser Zeit waren auch die Vertragsabschlüsse - ich sage es ja nur, weil Sie sagen - wir müssen an den Herrn Landesrat Dorner eine Anfrage stellen, der gar noch nicht in der Landespolitik war.

Hätten Sie sich einfach umgedreht und hätten Sie den Herrn Kollegen Steiner gefragt. Der hätte es Ihnen beantworten können, der war ja damals mitten drinnen, statt nur dabei. (*Abg. Markus Ulram: Der Doskozil...!*)

Aber vielleicht noch eine Wortmeldung zur Suspendierung der Magistratsdirektorin. Ich halte das für nicht gut. Ich halte das auch nicht für notwendig, denn ich halte nichts von Vorverurteilungen. Jetzt ist die Staatsanwaltschaft am Zug und die sollen einmal ermitteln. Ich bin da etwas anders wie die ÖVP. Jetzt wird sich wahrscheinlich gleich der Landesgeschäftsführer der ÖVP melden und wird sagen, was das alles für Wahnsinn ist. Aber das ist halt der Unterschied. Wir lassen jetzt einmal die Justiz arbeiten und wir werden keine Vorverurteilung machen, auch wenn Sie aus der Stadt Eisenstadt sind. Das brauchen wir nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich könnte jetzt natürlich über ÖVP-Skandale reden. Weil jedes zweite Wort vom Kollegen Ulram war ja nur Skandal, Skandal, Skandal. Und ich haue mich immer so ab, weil wenn die ÖVP von Aufdeckung und Aufklärung redet, ist das in etwa so, wie wenn ein „Glatzterter vom Kappel“ redet. Sonst nichts. Denn wo ist denn die Aufklärung?

Wo ist denn das Aufdecken, wenn es um das vom Kollegen Tschürtz schon erwähnte Desaster im Bund geht? Der Bundeskanzler geht selbst davon aus, dass er angeklagt wird. Sein Kabinettschef steht ebenfalls stark unter Druck. Es gab Hausdurchsuchungen bei Blümel & Co, Ermittlungen wegen Korruptionsverdacht von Blümel über Josef Pröll bis zu der Kurz-Vertrauten Bettina Glatz-Kremsner und so weiter und so fort.

Ich möchte gar nicht über Schredder-Affären reden, Suspendierung wegen Verdachts der Informationsweitergabe, Postenschacher, Bussi-Bussi-Chats über der Familie, wie diese Geschichten. „Einer wie du bekommt eh alles was du willst“-Mentalität, die in der ÖVP herrscht. Und Sie reden von Freunderlwirtschaft? Sie reden von

Skandalen und Machtmissbrauch? Ich glaube es können sich alle selbst ihr Bild malen, wie glaubwürdig Sie in dieser Angelegenheit sind. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben heute eine sehr würdevolle Sitzung am Vormittag durchleben dürfen. Es war, glaube ich, für uns alle eine Ehre, bei diesem 100jährigen Jubiläum dabei zu sein. Da sind wichtige und richtige Wörter und Sätze gesprochen worden. Vor allem der Zusammenhalt, den unser Heimatland Burgenland so groß gemacht hat.

Dieser Zusammenhalt, den würde ich mir wünschen, auch hier im Burgenländischen Landtag. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsidentin Verena Dunst: Dankeschön Herr Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet ist nunmehr der Herr Abgeordnete Patrik Fazekas, BA. In Vorbereitung der Herr Abgeordnete Steiner.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP): Sehr geschätzte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Themenverfehlung, so kann man die Wortmeldung vom Kollegen Hergovich zusammenfassen. Außer, dass Sie da irgendwelche Nebenschauplätze eröffnet haben, haben Sie wenig gesagt.

Wenn ich Ihre Wortmeldung da aufgreifen darf: *(Abg. Doris Prohaska: Jeder versteht es nicht!)* Die Unterstellung, die ÖVP würde da sitzen, Herr Kollege, nochmals klassische Themenverfehlung. Der Prüfzeitraum ist 2016 bis 2019, mit dem sich der Landes-Rechnungshof befasst hat. Ich glaube wir alle in diesem Saal wissen, dass die ÖVP in diesem Zeitraum nicht in der Landesregierung gesessen ist. Herr Kollege - Herr Landesrat Dorner - Sie haben aus meiner Sicht heute wenig zur Aufklärung beigetragen. Sie stellen uns die Fragen, beziehungsweise werten unsere Fragen.

Ich glaube nicht, dass Sie als Landesrat zu werten haben, welche Fragen die Abgeordneten hier im Hohen Haus stellen, sondern Sie haben die Aufgabe diese Fragen, die wir Ihnen als Abgeordnete stellen, zu beantworten. Ich nehme zur Kenntnis, meine geschätzten Damen und Herren, dass der Herr Landesrat diese Fragen heute nicht beantwortet hat.

Sie meinen, Sie sehen das alles anders. Ich wundere mich ein bisschen, wie man alles anders sehen kann. Immerhin geht es da um den Verdacht der Bilanzfälschung. Ich glaube, Sie sind studierter Betriebswirt. Es geht um den Verdacht, dass Grundstücke unter dem Wert verkauft worden sind.

Es geht um den Verdacht, dass es zu unrechtmäßigen Auszahlungen gekommen ist an Gehältern und an Prämien. Hier etwas anders zu sehen, Herr Dorner, also das ist wirklich ein spannender Zugang. Und was das heute bringen soll, Herr Kollege Hergovich und Herr Landesrat Dorner? Es soll das bringen, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer sehen, wie hier gewirkt wird, nämlich Freunderlwirtschaft, das Verscherbeln von Landesvermögen, das Abstreiten und Vertuschen und Leugnen von den eigenen Skandalen, meine geschätzten Damen und Herren! *(Beifall bei der ÖVP)*

Ja, heute - genau heute vor zwei Wochen ist der Rechnungshofbericht zu den Vorgängen in der BELIG veröffentlicht worden. Der Herr Landesrat hat vorher gemeint: Ein paar wenige kritische Punkte. Für mich, meine geschätzten Damen und Herren, sind die Vorwürfe desaströs. Sie sind so schwerwiegend, dass der Rechnungshof zu einem äußerst, zu einem äußerst seltenen Mittel gegriffen hat, nämlich diesen Bericht der Staatsanwaltschaft übermittelt hat.

Und Sie, Herr Kollege Klubobmann Hergovich, reden heute von Schwedenbomben. Ich möchte nochmals festhalten, Freunderlwirtschaft, (*Abg. Robert Hergovich: Obwohl sie gut sind!*) Verscherbeln von Landesvermögen, Verdacht der Bilanzfälschung, Verdacht der unrechtmäßigen Auszahlungen von Gehältern aus Landesvermögen und aus Steuermitteln der Burgenländerinnen und Burgenländer. Sie stellen sich heute her und reden von Schwedenbomben!

Seit diesem Zeitpunkt, Herr Dorner, - 14 Tage ist es jetzt her - seitdem dieser Bericht öffentlich geworden ist, hat die SPÖ nichts getan, um für Aufklärung zu sorgen. Genau das Gegenteil ist eingetreten. Das Wording hat man sich zurechtgelegt. Man spricht von Neustrukturierung des Unternehmens. Heißt jetzt nicht mehr BELIG, sondern LIB. Ein neuer Lack, meine geschätzten Damen und Herren, bedeutet nicht, dass die Sache vom Tisch ist und auch heute, und das möchte ich wirklich nochmals zum Ausdruck bringen, haben Sie nichts zu dieser Aufklärung beigetragen.

Aber ich sage Ihnen ganz klar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, geschätzter Landesrat Dorner, Sie kommen hier nicht heraus. Denn die politische Zuständigkeit, die politische Zuständigkeit liegt ganz klar in den Händen von SPÖ-Politikern. Wir haben es vorher gehört vom Klubobmann Markus Ulram, Aufsichtsratsvorsitzender Doskozil, (*Abg. Doris Prohaska: Ein Wording-Kurs für die ÖVP!*) Aufsichtsratsvorsitzender Dorner seit Feber 2019! (*Abg. Doris Prohaska: Ein Wording-Kurs für die Bundesländer!*)

Ich kann mich noch gut erinnern, Frau Kollegin Prohaska, vor allem Sie an vorderster Front, kann ich mich noch gut erinnern, wie Sie betont haben im Commerzialbank-Skandal, dass der Aufsichtsrat völlig versagt hat. Sie, Frau Kollegin Prohaska, haben das mehrfach betont und dass der Aufsichtsrat die volle Verantwortung tragen muss. (*Abg. Doris Prohaska: Herr Kollege, was haben Sie durchschaut? – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.*)

Wenn Sie, Frau Kollegin Prohaska (*Abg. Doris Prohaska: Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie irgendwas durchschaut haben!*) und die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, nur einen Funken, nur einen Funken, Frau Kollegin Prohaska, Glaubwürdigkeit bewahren möchten. Glaubwürdigkeit ist ein hohes Gut (*Abg. Doris Prohaska: Wie schreiben Sie Glaubwürdigkeit?*) in der Politik, (*Abg. Doris Prohaska: Wie schreiben Sie Glaubwürdigkeit? – Abg. Markus Ulram: Da braucht er keinen Lehrer dazu!*) müssen Sie mit dem gleichen Maßstab, meine geschätzten Damen und Herren der SPÖ, mit dem gleichen Maßstab messen und die Rolle...

Präsidentin Verena Dunst: (*das Glockenzeichen gebend*): Herr Abgeordneter - Moment. Man sollte Sie verstehen.

Bitte. Jetzt geht es wieder.

Abgeordneter Patrik Fazekas, BA (ÖVP) (*fortsetzend*): Die Rolle, Frau Kollegin Prohaska, der beiden Aufsichtsratsvorsitzenden Doskozil und Dorner (*Abg. Doris Prohaska: Haben alles richtig gemacht!*) genau unter die Lupe nehmen.

Ich möchte Ihnen ganz bewusst heute ein paar Beispiele nennen, denn beim genaueren Hinsehen werden diese Parallelen zum Commerzialbank-Skandal ganz offensichtlich. Das erste Beispiel: Es wurde heute schon genannt. Warum prüfte dieselbe Wirtschaftsprüfungskanzlei 13 Jahre lang diese Gesellschaft?

Trotz der Empfehlung des Landes-Rechnungshofes im Jahr 2013 wurde die Wirtschaftsprüfungskanzlei nicht gewechselt. Was hat der Aufsichtsrat getan? Was hat die Generalversammlung getan? Zugesehen und die Situation akzeptiert. Ich frage Sie, Herr

Dorner: Agiert so ein verantwortungsbewusster, ein pflichtbewusster Aufsichtsratsvorsitzender? (*Abg. Robert Hergovich: Wer hat sie beauftragt damals?*)

Zweites Beispiel: Der Rechnungshof kritisiert, dass der Aufsichtsrat die Umsetzung der eigenen Beschlüsse, sitzt in den Gremien und beschließt etwas, die Umsetzung der eigenen Beschlüsse nicht konsequent nachverfolgt hat. Es ist hier von Passivität des Aufsichtsrates zu reden. Ich frage Sie, Herr Dorner, agiert so ein verantwortungsbewusster Aufsichtsratsvorsitzender?

Drittes Beispiel: Mit Zustimmung des Aufsichtsrates wurde ein Grundstück unter dem Mindestverkaufspreis, den man sich selber auferlegt hat, ja sogar unter dem damaligen Kaufpreis, meine geschätzten Damen und Herren, verschertelt. Ich frage Sie, Herr Dorner, agiert so ein verantwortungsbewusster Aufsichtsratsvorsitzender?

Ein viertes Beispiel: Herr Dorner, Sie haben entgegen der Bestimmung, Sie haben entgegen der Bestimmung im Geschäftsführervertrag die Zielvereinbarung für die Prämien im laufenden Geschäftsjahr abgeschlossen. Herr Dorner, ich frage Sie, agiert so ein verantwortungsbewusster Aufsichtsratsvorsitzender?

Nein! Meine geschätzten Damen und Herren, so agiert kein verantwortungsbewusster Aufsichtsratsvorsitzender. Hier liegt nicht nur Versagen seitens des Aufsichtsrates vor, sondern hier liegt offensichtlich auch Mitwirkung vor, meine geschätzten Damen und Herren.

Spannend wird es auch, wenn man sich ganz grundsätzlich ansieht, wie die Herrschaften der SPÖ mit Landesvermögen, hier in Form von Grundstücken, auch umgehen. Denn wenn man sich den Bericht durchliest, dann gewinnt man den Eindruck, dass es hier um einen Selbstbedienungsladen in Reinkultur geht. Es wird ein Mindestverkaufspreis auferlegt, der dann nicht berücksichtigt wird, denn Verkäufe erfolgten, meine geschätzten Damen und Herren, unter dem Mindestverkaufspreis. Es ist hier bei Verkäufen im Bezirk Neusiedl am See von einem Schaden von rund 370.000 Euro zu reden.

Jetzt hat der Herr Landesrat Dorner heute auch versucht das rechtfertigen. Er hat von Kontaminationsschwierigkeiten gesprochen. Ja, Herr Dorner, lesen Sie sich den Kaufvertrag in diesem Deal durch, dann werden Sie lesen, dass genau diese Kontaminationsschwierigkeiten, mit denen Sie den günstigen Kaufpreis rechtfertigen, ausgeschlossen wurden, meine geschätzten Damen und Herren. Aber es geht noch weiter. (*Beifall bei der ÖVP*)

Aber es geht noch weiter, denn ein Grundstück wurde offensichtlich unter dem ursprünglichen Kaufpreis veräußert. Damit das Ganze nicht auffällt, hat man die Bilanzen frisiert. Warum hat man das getan? Man braucht ein positives Jahresergebnis. Warum braucht man das?

Man braucht es für die Gewinnausschüttung an die Landesholding. Warum braucht man die Gewinnausschüttung als Geschäftsführer? Ja, dass man sich die Prämie auszahlen kann, wenn man das Ziel erreicht hat, eine Gewinnausschüttung an die Holding erreicht zu haben.

Meine geschätzten Damen und Herren! Das was hier passiert, das ist skrupellos, das ist ein Selbstbedienungsladen wie er im Buche steht. Ja das ist, Herr Kollege Hergovich, (*Abg. Robert Hergovich: Reiß Dich zusammen ein bisschen!*) hollywoodreif was hier abgeht, und Sie sind es, Sie sind es, das rote Netzwerk in der BELIG, dass diese Machenschaften schützt, meine geschätzten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ich habe soeben die Rolle des Aufsichtsrates beleuchtet. Fragwürdig ist auch die Rolle des ehemaligen Geschäftsführers und des Prokuristen. Denn der ehemalige Geschäftsführer hat nicht nur Grundstücke zu billig verkauft, sondern offensichtlich auch den FMB-Verkauf abgewickelt, meine geschätzten Damen und Herren. Sie erinnern sich sicher, vor wenigen Wochen hat es Medienberichte zu diesem Thema gegeben, dass die Reinigungsfirma des Landes FMB zu einem auffällig niedrigen Preis verkauft wurde.

Wissen Sie, meine geschätzten Damen und Herren, wer der Geschäftsführer, der interimistische Geschäftsführer in diesem Fall war zu diesem Zeitpunkt, wo diese Reinigungsfirma verkauft wurde? Es war der Herr Fellner, der ehemalige Geschäftsführer der BELIG. Sie werden wissen, dass die FMB Tochtergesellschaft der BELIG war.

Ohne offene Ausschreibung, meine geschätzten Damen und Herren, Medienberichten zufolge, zu einem auffällig niedrigen Preis. Wer ist der Käufer? Es ist der Vater des Ex-Geschäftsführers, der zufällig im September 2020 ein Firmenkonstrukt begonnen hat aufzubauen, um dann die gut funktionierende FMB zu kaufen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich sage an dieser Stelle ganz klar, auch was die FMB anbelangt, Schluss mit dieser Mauschelei, her mit allen Bewertungsgutachten, die diesem Deal zu Grunde gelegen sind, sowie allen Angeboten, die aus dem Bieterverfahren hier zu Grunde gehen. Wir fordern die Offenlegung sämtlicher Unterlagen, die mit diesem Kauf in Verbindung stehen, meine geschätzten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was aber nun dem Fass den Boden ausschlägt, meine geschätzten Damen und Herren, ist die Tatsache, dass diese Hauptakteure, die hier operativ auch die Verantwortung tragen in diesem Immobilienunternehmen des Landes, nach wie vor im Unternehmen tätig sind.

Und nachdem beide, mit so massiv schwerwiegenden Vorwürfen konfrontiert sind, verlangen wir eine sofortige Dienstfreistellung, Herr Landesrat Dorner, von diesen beiden Personen. Es ist ja morgen bekanntlich eine Aufsichtsratssitzung, der Sie beiwohnen werden. Wir fordern die sofortige Dienstfreistellung dieser Persönlichkeiten, bis die Vorwürfe geklärt sind. Nur so, meine geschätzten Damen und Herren, kann eine vollständige und lückenlose Klärung des gesamten Vorfalles möglich gemacht werden.

Meine geschätzten Damen und Herren, Herr Kollege Hergovich, Sie haben vorher gesagt, dass es keine Skandale sind. Aber wenn man sich diesen Bericht, und ich habe das getan, aufmerksam durchliest, so bekommt man ein Gefühl, wie hier agiert wird. Gesetzesverstöße, Verdacht der Misswirtschaft, Verdacht der Untreue, unrechtmäßige Auszahlung von Geldern, von Prämien, von Gehältern.

Meine geschätzten Damen und Herren! Wir als Volkspartei, und das möchte ich an dieser Stelle betonen, werden hier nicht zusehen. Wir werden diese Freunderlwirtschaft, dieses Verschern von Landesvermögen nicht zulassen, beziehungsweise auch den Burgenländerinnen und Burgenländern aufzeigen. Nicht nur diesen Skandal, sondern auch alle weiteren Skandale, die Sie zu verantworten haben! Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Dankeschön Herr Abgeordneter. Nunmehr ist zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Mag. Steiner. Danke übrigens an Sie, für das Desinfizieren.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Dankeschön Frau Präsidentin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hergovich! Eigentlich wäre ich heute gar nicht dran gewesen mich zu Wort zu melden. Es war so vereinbart, dass der Klubobmann und der Patrik Fazekas dieses sehr unangenehme Thema BELIG abhandeln.

Aber nachdem uns Sie ja wieder mit einer Märchenstunde beglückt haben, und dann das gemacht haben was Sie am besten können, nämlich Eisenstadt feindlich zu agieren. Die Eisenstädterinnen und Eisenstädter schlecht zu machen und auf Eisenstadt hinzuhalten, sehe ich mich natürlich auch genötigt, hier klärende Worte auch zu sagen.

Ich war ja der Meinung, dass diese Bühne über Eisenstadt und wie es in Eisenstadt weitergeht, damit beendet ist im Landtag, als der Herr Kollege Kovacs den Landtag verlassen hat. Aber Sie sind offensichtlich sein Nachfolger und Sie wissen ja auch ganz genau, denn Sie waren ja der große Berater des Günther Kovacs bei der letzten Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl, was das Ergebnis war. *(Abg. Robert Hergovich: Ach so? Dann weißt Du mehr wie ich!)*

Nämlich ein Ergebnis, ein Ergebnis, wo die SPÖ sich überlegen sollte *(Abg. Robert Hergovich: Hochmut kommt vor dem Fall!)* immer nur destruktiv gegen Eisenstadt zu sein. Oder vielleicht einmal mit Ideen kommt. Einmal sagt, was können wir als SPÖ beitragen, um die Stadt nach vorne zu bringen? Welche Ideen haben wir, um den Menschen das Leben besser zu machen? So wie es die Frau Präsidentin heute gesagt hat.

Und ich sage Ihnen auch eines, Sie machen das ja für Ihre Verhältnisse geschickt, Sie stellen sich her, dreschen auf die Leute ein und dann sagen Sie ein paar Sätze später, aber wir machen keine Vorverurteilungen, das tun wir nicht. *(Abg. Doris Prohaska: Der war gut, der Witz!)* Fünf Minuten vorher haben Sie es in einer Massivität getan, haben Sie es mit einer Massivität getan, die nicht in Ordnung ist. Ich erkläre Ihnen jetzt auch den Unterschied und ich sage Ihnen, das ist kein angenehmes Thema für einen Bürgermeister, überhaupt keine Frage.

Aber der Unterschied ist nämlich, wie man damit umgeht und was man macht. Selbstverständlich ist dieser Mitarbeiter, der hier betroffen ist, nicht mehr in diesem Zuständigkeitsbereich tätig. Das ist eine ganz klare Sache, dass er natürlich von dieser Stelle abziehen ist, bis die Vorwürfe geklärt sind.

Alle anderen Vorwürfe, die Sie hier vorgebracht haben, das sind Unterstellungen, das sage ich Ihnen schon auch, die jeder Grundlage entbehren. Sie sollten sich auch, wenn Sie sozusagen politisch und parteipolitisch agieren und agitieren, sich das gut überlegen, was Sie sagen. Denn da geht es auch um Menschen, da geht es nicht nur um Schachfiguren, wie Sie vielleicht manchmal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen. Sondern da geht es um Menschen, die genauso ein Recht haben geschützt zu werden, und das sollten Sie auch entsprechend wahrnehmen.

Aber der Unterschied, und das möchte ich schon ganz klar sagen ist, dass in der BELIG oder in der LIB oder wie immer sie jetzt heißt, der ehemalige Geschäftsführer nach wie vor beschäftigt ist, genau in diesen Sachen, in denen er vorher auch beschäftigt war. Und dass bei uns dieser Mitarbeiter bis zur Klärung aller Umstände ja natürlich nicht mehr in dieser Zuständigkeit sich befindet. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Danke Herr Abgeordneter. Zunächst ist gemeldet der Herr Klubobmann Hergovich.

Bitte ans Rednerpult.

Abgeordneter Robert Hergovich (SPÖ): Frau Präsidentin! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Steiner, das ist eben nicht, was ich gemacht habe. Ganz im Gegenteil, ich habe weder eine Vorverurteilung gemacht, (*Abg. Mag. Thomas Steiner: Ja, am Schluss!*) ich habe explizit darauf hingewiesen, dass ich nicht vorverurteile und auch ich habe das nicht gesagt. Ich habe nur das heute dem Kurier entnommen. Wenn Sie sagen, das stimmt alles nicht, dann zitiere ich jetzt den Kurier. (*Der Abg. Robert Hergovich zeigt den KURIER*)

Damit wir klar sind. Ich meine, wir können uns politisch allerhand ausrichten, aber wir werden anerkennen, dass ein unabhängiges Medium wahrscheinlich die Wahrheit spricht. Und ich rede davon: „bekannt wurde zudem ein Naheverhältnis, ein Naheverhältnis von Magistratsdirektorin Gerda Török zum früheren Geschäftsführer und nunmehrigen Aufsichtsrat von VI-Engineers Robert Happel. Török ist die Frau des Schwagers von Happel. Auch Bürgermeister Thomas Steiner (ÖVP) wusste das. Dem Kurier liegen allerdings von Török verantwortete Bescheide in dieser Causa vor, die von Hand Happels ging“.

Jetzt könnten Sie sagen, nein das stimmt nicht, das ist gar nicht der Schwager, es gibt kein Familienverhältnis, es stimmt nicht. Es gibt keine Bescheide, die die Direktorin unterschrieben hat. Dann ist alles in Ordnung. Der Unterschied zu dem, was Sie mir vorgeworfen haben ist, dass ich die Vorverurteilung nicht gemacht habe. Ich habe ganz explizit darauf hingewiesen, dass die Staatsanwaltschaft am Zug ist und dann ein Ergebnis vorlegen wird.

Im Vergleich zu Ihrem Vorredner, dem Herrn Fazekas, der hat gesagt, und freistellen und dort und da und so weiter, der wartet eben nicht ab, was die Justiz herausbringt. Es geht um Glaubwürdigkeit, wissen Sie. Schauen Sie, da wird kritisiert, dass der zwei Gehälter hat. Kollege Fazekas, sagen Sie einmal, wie viele Gehälter Sie haben?

Herr Kollege Ulram, kommen Sie raus und sagen Sie wie viele Gehälter Sie haben. (*Zwischenruf des Abg. Markus Ulram*) Herr Kollege Steiner, Sie haben jetzt die Chance, (*Abg. Patrik Fazekas: Sie schützen unrechtmäßiges Handeln!*) gehen Sie heraus und, ich kann sagen, ich habe ein Gehalt, um das gleich einmal klar zu stellen. Aber gehen Sie heraus, Sie kritisieren zwei Gehälter, gehen Sie heraus, sagen Sie uns wie viele Gehälter Sie haben. Zwei, drei ich weiß es nicht, vier? Ich habe keine Ahnung. (*Abg. Markus Ulram: Das ist eine Vorgabe gewesen!*) Ja, aber Sie kritisieren etwas und leben das Gegenteil. (*Abg. Markus Ulram: Das ist Landesvorgabe gewesen – Die Präsidentin gibt das Glockenzeichen.*)

Sie kritisieren, ich tue vorverurteilen und Sie machen es. Also wissen Sie, da sollte man schon bei der Wahrheit bleiben, (*Abg. Markus Ulram: Oder wollen Sie uns unterstellen, dass wir über dem Gesetz stehen oder wie?*) um Glaubwürdigkeit geht es. (*Beifall bei der SPÖ – Abg. Markus Ulram: Das sind Unterstellungen gewesen, die Glaubwürdigkeit ist dahin!*)

Präsidentin Verena Dunst: Herr Klubobmann, ich danke für Ihre Wortmeldung. Als Nächsten habe ich gemeldet den Herrn Abgeordneten Mag. Steiner.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Thomas Steiner (ÖVP): Also, danke Frau Präsidentin, es ist schon bewundernswert, wie Sie das mental schaffen, sich da heraus zu stellen und derartige Dinge zu sagen, muss ich wirklich sagen, es ist bewundernswert, weil eine

unrechtmäßige Auszahlung von Gehältern in der BELIG, so wie es der Rechnungshof halt schreibt, ich kann ja auch nur das sagen, was der Rechnungshof sagt.

Ich nehme an, dass ein unabhängiger Rechnungshof die Wahrheit schreibt, wenn ein Medium, ein unabhängiges, die Wahrheit schreibt, dann wird es der Rechnungshof wohl umso mehr tun.

Da geht es um ein unrechtmäßiges Auszahlen. Da geht es nicht darum, dass Sie vielleicht ein Gehalt als Klubobmann haben und vielleicht noch eines, (*Abg. Robert Hergovich: Ich habe keines! Sie, weiß ich nicht!*) oder der Kollege Ulram oder sonst irgendwer. Die haben das ja rechtmäßig. Die haben das ja rechtmäßig. Das ist der Unterschied.

Und die zweite Geschichte ist, Sie zitieren den Kurier, Sie zitieren ihn richtig, aber Sie sollten schon, Sie sollten schon dazu sagen... (*Zwiesgespräche zwischen den Abgeordneten Robert Hergovich und Markus Ulram*)

Aber Sie sollten schon dazu sagen, Herr Kollege Hergovich, dass es bei den Untersuchungen der Staatsanwaltschaft nicht um ein Naheverhältnis irgendeiner Person zu einem Bauwerber geht. Sondern da geht es um einen Mitarbeiter, den wir, so wie ich es gesagt habe, aus dieser Stelle natürlich wegversetzt haben, bis diese Vorfälle und Umstände aufgeklärt sind und das, was da jetzt in dem „Kurier“-Artikel steht, das stimmt zwar, ich habe das ja auch bestätigt, dass es so ist, aber das hat null rechtliche Relevanz.

Ich meine jetzt ganz ehrlich, was glauben Sie denn, aus diesem Artikel lesen zu können? Dass es doch eine Befangenheit gibt, obwohl sie gesetzlich nicht vorgesehen oder was interpretieren Sie aus diesem „Kurier“-Artikel? (*Abg. Robert Hergovich: Gar nichts.*) Gar nichts, da haben Sie Recht, so wie überall ist das gar nichts, was Sie sagen, aber was Sie schon tun, aber was Sie schon tun durch Ihre Art und Weise und wie Sie das machen, unterstellen Sie Menschen ganz einfache Dinge, die nicht der Wahrheit entsprechen und (*Abg. Robert Hergovich: Wer unterstellt jetzt?*) die nicht korrekt sind, um dann am Ende zu sagen, aber ich unterstelle niemandem etwas.

Und das ist nicht ehrlich, das ist nicht glaubwürdig, weil Sie immer von Glaubwürdigkeit sprechen. Sie sollten sich einmal überlegen, was Glaubwürdigkeit wirklich bedeutet, und man soll ganz einfach die Verantwortung, die man hat, auch übernehmen. Die übernehme ich und die sollten auch Sie übernehmen, die wird hoffentlich der Landesrat Dorner auch übernehmen.

Weil immer gesagt wird, es geht um die Jahre 2004, 2006 oder 2009. Nein, es geht um den Zeitraum 2016 bis 2019.

Das werden Sie, Herr Landesrat Dorner, mir auch bestätigen, da geht es nicht darum, ob ich einmal Büroleiter gewesen bin oder ob der Franz Steindl einmal im Aufsichtsrat war vor zehn bis 15 Jahren, sondern da geht es um einen Zeitraum von 2016 bis 2019, das ist nicht so lange zurück, (*Abg. Robert Hergovich: Wann ist der Vertrag abgeschlossen worden?*) wie Sie immer versuchen, sozusagen uns weiszumachen, und daher wird dieses Thema auch weiterhin natürlich auf der Agenda bleiben. Überhaupt keine Frage, aber ich darf Sie noch einmal ersuchen, sich zu überlegen, ob es wirklich Sinn macht, ständig Eisenstadt-Bashing zu machen. Immer die Eisenstädterinnen und Eisenstädter schlechtzumachen.

Sie sollten stolz sein auf Ihre Landeshauptstadt. Auf eine Landeshauptstadt, die der Jobmotor des Burgenlandes ist, die der Kulturmotor des Burgenlandes ist, der der Wirtschaftsmotor des Burgenlandes ist, der der Sportmotor dieses Landes ist und sollten

sich freuen, dass es so eine Landeshauptstadt gibt und sollten stolz auf die Landeshauptstadt sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Verena Dunst: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Die Debatte über die Dringliche Anfrage ist somit beendet.

Selbstverständlich ist die Anfrage gemäß § 29 der Geschäftsordnung zur schriftlichen Beantwortung an den Herrn Landesrat Mag. Heinrich Dorner übermittelt worden.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung erledigt. Sie wissen, dass Tag, Stunde beziehungsweise die Tagesordnung der nächsten Sitzung immer rechtzeitig schriftlich bekanntgegeben wird. Ich möchte allerdings anmerken, dass Sie sich dazu entschlossen haben, dass die nächste Sitzung des Landtages für den 10. Juni 2021 vorgesehen ist.

Ich darf damit die heutige Sitzung für geschlossen erklären.

Der erste Obmann, der dann die Ausschüsse beginnt, hat gesagt, zehn Minuten, habe ich jetzt gerade mitgeteilt bekommen.

Das heißt, es ist 14.02 Uhr. 14.15 Uhr, Herr Obmann, Sie sind am Wort, dann wieder mit den Ausschüssen beginnen. Danke schön.

Schluss der Sitzung: 14 Uhr 02 Minuten